

blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt
Themen der letzten Nummern waren:
Ausländer in der BRD: Folgen der Arbeitsemi-
gration für Auswanderländer / Indochina: Warum
fliehen die Chinesen aus Vietnam / Eritrea:
Befreiungskampf / Information als Deformation:
Über die Vorherrschaft der westlichen Nachrich-
tenagenturen / Afghanistan: Expansion oder
brüderliche Hilfe? / Wem nützt der Tourismus in
der Dritten Welt? ASEAN: Zusammenschluß ge-
gen die Völker Südostasiens / Das Geschäft mit
dem Tourismus (Teil 2) / Frauen der Dritten
Welt /

Die in 8 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeit-
schrift

+ berichtet über die Lage der Dritten Welt, die
Ursachen ihrer „Unterentwicklung“ und über
den Widerstand der unterdrückten Völker und
Nationen

+ gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwi-
schen der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur
hier und dem Elend der Massen in der Dritten
Welt

+ beleuchtet die „Entwicklungshilfe“, ihre Hin-
tergründe und Auswirkungen

+ setzt sich mit den Vorstellungen der bürger-
lichen Entwicklungsländertheorie und -politik
auseinander

+ berichtet über den Befreiungskampf der Völ-
ker in der Dritten Welt und den Aufbau unab-
hängiger, fortschrittlicher Staaten

+ will zu praktischer Solidarität mit dem Kampf
der Dritten Welt um Freiheit und Unabhängig-
keit anregen

+ gibt Hinweise und Erfahrungsberichte aus der
Solidaritätsarbeit.

Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 50 - 60
Seiten: DM 35,- (Für Studenten, Zivildienst-
leistende und andere einkommenschwache
Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 25,-).

Informationszentrum Dritte Welt, Postfach
5328, D-7800 Freiburg, Tel. 0761/74003
Kostenloses Probeexemplar anfordern!

Bitte senden Sie mir ein
Probeexemplar!

Name

Vorname

Straße

PLZ/Wohnort



AGG - ARBEITSGEMEINSCHAFT
KATHOLISCHER STUDENTEN- UND
HOCHSCHULGEMEINDEN
5300 Bonn 1, Rheinweg 34

VERANSTALTUNGEN:

24.4. bis 26.4., Moers

METALLARBEITERSTREIK IN BRASI-
LIEN - Zu Fragen sozialer Bewe-
gungen und der Funktion der Ge-
werkschaften in Ländern der
3. Welt

30.4. bis 3.5., Sosberg

EINFÜHRUNG IN ENTWICKLUNGSPOLI-
TISCHE PROBLEME AM BEISPIEL
INDIENS

20.6. bis 3.8., Kleve
Frauen-workcamp: "FRAU soll sie
heißen, vom Manne ist sie ge-
nommen ..." (Gen 2.23) - Zur
Stellung der Frau in den ver-
schiedenen Kulturkreisen

Anmeldung und Information bei
der AGG. Tel: 0228/234021

AKTUELLES FORUM NRW

Seminar zu NICARAGUA in Berk /
Eifel am 16. und 17. Mai

Thema: "Probleme des Aufbaus unter-
entwickelter Gesellschaften am Bei-
spiel Nicaraguas nach der Revo-
lution!"

Anmeldung und Information bei:
Andreas Gambert, Lessingstr. 59
5300 Bonn, Tel: 0228/217759

LATEINAMERIKA-KOMITEE DUISBURG

c/o Yvonne Ayoub, Johanniterstr.130
4100 Duisburg 1

Neuerscheinung:
US-AUSSENPOLITIK UND REVOLUTION IN
MITTELAMERIKA

Inhalt: Allgemeine Rahmenbedingun-
gen der US-Außenpolitik, Das Kon-
zept der US-Rechten, US-Politik und
Interessen in Mittelamerika und der
Karibik, Rückblick auf die Politik
Carters, US-Politik zu Nicaragua und
der Sturz Somozas. ca. 505. DM 3,-

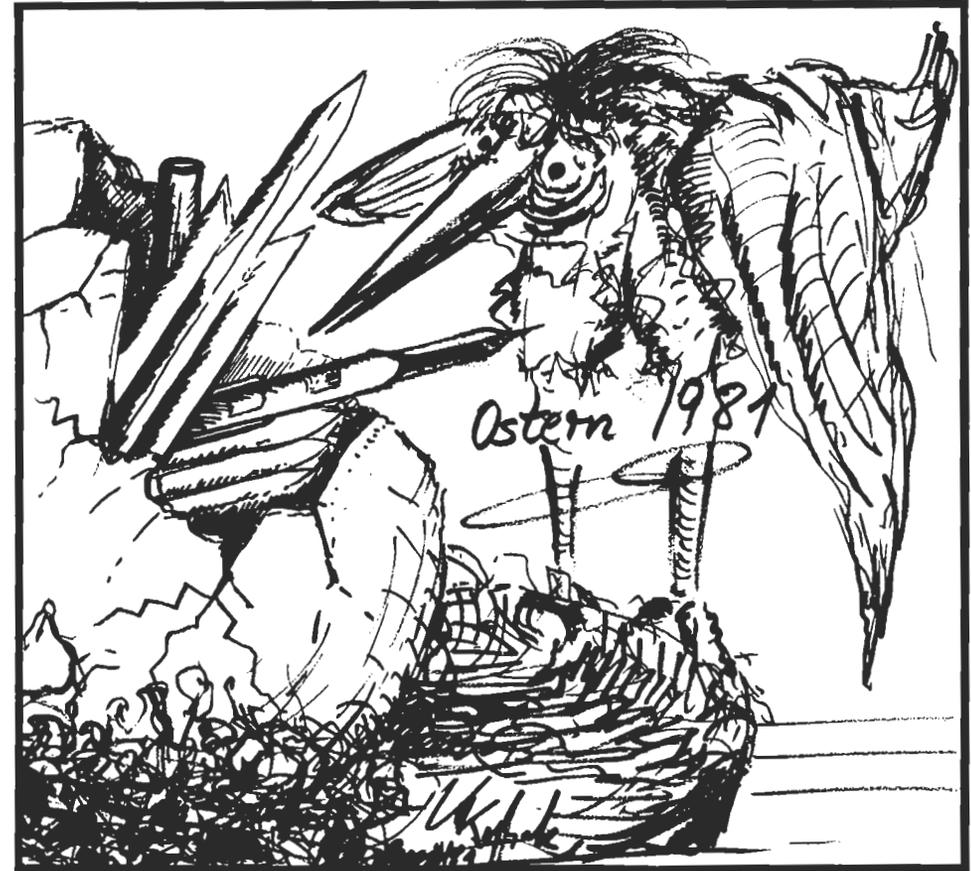
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 92

8. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

April 1981

Solidaritätspreis DM 3,-



Aus dem Inhalt dieser Nummer:

KOLUMBIEN: Verratener M-19 — Erklärung des CRIC zum Indioproblem — Kriegsrecht und Landraub — **NICARAGUA:** Küstenbewohner — Alfabetisierung — **EL SALVADOR:** Geißler-Papier — **ARGENTINIEN:** Menschenrechtsverletzungen gebilligt

INHALTSVERZEICHNIS

ZU DIESEM HEFT	3
I. BERICHTE	4
—ARGENTINIEN: Gespräche unter Kollegen	4
—KOLUMBIEN: Repression nach Scheitern einer Guerillaaktion Bedeutung des Guerillakampfes	8 11
—CHILE: 8 März: Die Frau im Kampf gegen Hunger und Unterdrückung	13
—NICARAGUA: Ein Volk lernt lesen	15
II HINTERGRUND	23
—KOLUMBIEN: Ein neues Kapitel einer alten Geschichte	23
Ein weiterer Integrationsversuch	23
Der gesellschaftliche Kontext	24
Die Gewißheit, nichts erwarten zu können	27
—Film: El Salvador — Das Volk wird siegen	28
Das Indioreservat von Puracé	29
—EL SALVADOR: Wer ist glaubwürdig?	34
Die Sicht des Politikers	34
Eine andere Sicht	35
Das Massaker von Sumpul	35
Interview mit Bruder B.	37
—NICARAGUA: Das Problem der Atlantikküste Miskitos und Creoles zwischen Kolonialismus und Revolution	40 44
III. Solidarität	52
—Boycott der Kaffeekonzerne	52
—Zeitschriftenschau	54

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 9 der
CHILE-NACHRICHTENerscheint monatlich
(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:

Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 9.4.1981

Abo-Preis: DM 35,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung
Spendenkonto des Chile-Komitees — »Hilfe für Chile«
PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108
Bankleitzahl 10010010

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

c/o FDCL

Savignyplatz 5

1000 Berlin 12

Tel.: 030/3135065

Vertrieb für Buchhandlungen, Biblio-

theken und Institutionen im Bundesge-

biet über:

con Medien- und Vertriebsgesellschaft,

Postfach 106545,

Osterstr. 36, 2800 Bremen

Der Nachdruck von Artikeln aus den
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-
legexemplare erbeten.

Zu diesem Heft

Die Restauration der politischen Verhältnisse Lateinamerikas schreitet voran. Menschenverachtende Film-Cowboys — der alten Yankee-Tradition der Indianer-Ausrottung verpflichtet — beherrschen die Ereignisse. Das Rad der Befreiung soll zurückgedreht werden. Und überall finden sich tötungswillige Militärs und Politiker, die die US-Politik bejubeln und tatkräftig unterstützen.

Der neue Militärdiktator Argentiniens, General Viola, konnte mit seiner Stip-Visite nach Washington zufrieden sein. Menschenrechtsbedenken gehören fortan der Vergangenheit an. Der "Feind" wird wieder gemeinsam bekämpft. Die argentinischen Offiziere sind da schnell am Colt, um dies in die Praxis umzusetzen. Sie schicken militärische "Berater" nach El Salvador, die ihre Erfahrungen bei der Unterdrückung des argentinischen Volkes und beim Putsch in Bolivien nun der Militärjunta El Salvadors zur Verfügung stellen.

Auch die "demokratischen" Tyrannen in Kolumbien wollen dem großen Bruder Erfreuliches berichten. Guerrilla-Aktionen werden zur allgemeinen Ausweitung der Repression aufgegriffen. Nachdem die M-19-Guerrilla-Führung von den Streitkräften bis nach Ecuador verfolgt wurde und das "liberale" Ecuador dabei tatkräftig half, werden nun verstärkt die Indio-Gebiete unter dem Vorwand der Guerrilla-Bekämpfung unter Kriegsrecht und den Großgrundbesitzern zur Verfügung gestellt.

Die institutionalisierte Monarchie König Pinochets zeigt nun auch harmlosen europäischen Touristen, was in Chile immer noch Sache ist. Der Erlebnisbericht einer Deutschen gibt darüber Auskunft.

Trotz solch niederdrückender Meldungen haben die lateinamerikanischen Völker nicht resigniert. Mit Wirtschaftsboykott und politischem Druck wollen die USA das freie Nicaragua erdrosseln. Doch die Alfabetisierungskampagne ist ein Beispiel dafür, welches Potential an Kreativität und Aufbauwillen ein befreites Volk freisetzen kann. Aber auch hier sind Probleme aufgetaucht. Die Bewohner der Atlantikküste müssen noch ihren eigenen Platz in der sandinistischen Revolution finden.

In Mexico, das außenpolitisch noch einen relativ unabhängigen Kurs verfolgt, sieht es innenpolitisch ebenso düster wie auf der anderen Seite kämpferisch aus. Zuletzt demonstrierten und streikten Lehrer gegen ihre korrupte Gewerkschaftsführung und stellten ihren Kampf in eine Linie mit dem Befreiungskampf des salvadoreanischen Volkes.

Die Hoffnungen, die die Völker aus der nicaraguanischen Revolution und dem Widerstand des salvadoreanischen Volkes schöpfen, schüren gleichzeitig die Angst der Machthaber der USA und der internationalen Konzerne.

Diese Angst können wir hier selbst vergrößern, wenn wir uns z.B. an der Boykottkampagne gegen die deutschen Kaffee-Konzerne, die die Regimes von El Salvador und Guatemala stützen, aktiv beteiligen.

Keine Bohne für die Kaffee-Barone!

ARGENTINIEN

Gespräche unter Kollegen

Noch vor seiner Amtsübernahme am 29. März 1981 (und nicht wie in LN 91 behauptet am 23. 3.) besuchte der neue Diktator Argentiniens, General Roberto Viola, seinen Kollegen Ronald Reagan in Washington, um über die zukünftigen Beziehungen der beiden Länder zu sprechen. Während er in den USA diplomatische Erfolge verbuchen konnte, beginnt seine Amtszeit auf innenpolitischem Gebiet mit einer spektakulären Devisenflucht.

Der "private" Besuch General Violas in Washington, bei dem er mit allen wichtigen Vertretern der Administration des "Führers des westlichen Blocks" (Viola über Reagan) zusammentraf, sollte der Verbesserung der gespannten Beziehungen zwischen Argentinien und den USA dienen. Die Menschenrechtspolitik Carters, die zu offener Kritik an den Menschenrechtsverletzungen des argentinischen Regimes durch die US-Regierung geführt hatte und seit 1978 mit einem Waffenembargo verbunden war, hatte die argentinischen Generäle sehr verärgert. Reagans neuer Kurs läßt sie nun auf bessere Zeiten hoffen. Die Gespräche zwischen Viola, Reagan, Außenminister General a. D. Haig und Verteidigungsminister Caspar Weinberger drehten sich vor allem um die folgenden Punkte: die Rücknahme der Menschenrechtspolitik und des Waffenembargos, die nuklearen Pläne Argentiniens und das von Argentinien unterlaufene Weizenembargo der USA gegen die Sowjetunion.



Bei der Frage der Menschenrechte wurde man sich offensichtlich schnell einig: als Zugeständnis an die Forderungen internationaler Menschenrechtsorganisationen will Viola eine Liste der Verschwundenen veröffentlichen, die mit Sicherheit tot sind (die Forderung nach einer umfassenden Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen wurde natürlich abgelehnt). Dafür versprach Reagan, daß in Zukunft die Informationen, die die US-Regierung über die Verletzung der Menschenrechte in Argentinien erhält, vertraulich behandelt werden sollen.

Da sich den Erkenntnissen der US-Administration zufolge das Verhalten des argentinischen Regimes sowieso gebessert hat, und es außerdem "lebenswichtig" ist, daß "die Außenpolitik der USA nicht durch unflexible Prinzipien eingeschränkt wird" (Unterstaatssekretär James Buckley), wurde der Kongreß bereits offiziell darum ersucht, die Bestimmungen aufzuheben, die Waffenlieferungen an Argentinien verbieten. Dies rief die Kritik des demokratischen Abgeordneten Don Womersley hervor, der erklärte: "In Argentinien haben sich sehr wenige Dinge geändert, die eine Verbesserung unserer Beziehungen rechtfertigen würden. Reagan bezeichnet den Terrorismus als das wichtigste Problem der heutigen Zeit und stellt gleichzeitig die Vereinigten Staaten wieder einmal an die Seite eines Regimes, das den Terrorismus gegen das eigene Volk praktiziert." Sollte tatsächlich wie der Erwarteten eine Mehrheit in Senat und Repräsentantenhaus ebenfalls dieser Meinung sein und die Aufhebung des Waffenembargos ablehnen, so hat Reagan immer noch die Möglichkeit, diesen Beschluß unter Berufung auf das "nationale Interesse" zu umgehen. General Viola hat bereits das Interesse seiner Streitkräfte an modernsten Jagdbombern und automatischen Waffen angekündigt.

Was den Streit um die Getreidelieferungen Argentiniens an die Sowjetunion angeht, so ist nicht zu erwarten, daß die neue Regierung auf den Kurs Washingtons einschwenken wird. Im Laufe des Jahres 1980 wurde die UdSSR nicht nur der Hauptabnehmer argentinischen Getreides, sondern überrundete auch die Europäische Gemeinschaft als wichtigster Importeur von Fleisch aus Argentinien. Da die SU feste Abnahmequoten zu guten Preisen garantiert und Argentinien dringend auf die Devisen aus diesen Exporten angewiesen ist, kann Viola bei aller Unterstützung für eine anti-kommunistische Politik auf dieses Geschäft nicht verzichten.

Ein weiterer Punkt in den Gesprächen war das argentinische Atomprogramm. Bis 1980 hatten die USA angereichertes Uran an Argentinien geliefert. Als der Vertrag dann auslief, weigerte sich die Regierung Carter, ihn zu verlängern, da Argentinien – das weder den Atomwaffensperrvertrag noch den Vertrag von Tlatelolco über eine kernwaffenfreie Zone in Lateinamerika unterschrieben hat – Kontrollen über die friedliche Nutzung des gelieferten Materials ablehnte. Stattdessen wurde Ende 1980 ein Vertrag mit der UdSSR abgeschlossen, der die Lieferung von 5 Tonnen schweren Wassers und einer unbekanntem Menge von angereichertem Uran vorsieht.

Aber dafür war man sich auf anderen Gebieten vollkommen einig. Haig drückte die Überzeugung aus, daß "die zukünftige Regierung von General Roberto Viola die internationale Politik von Präsident Ronald Reagan unterstützen wird. Was Haig darunter versteht, zeigt folgende Meldung des Monitor-Dienstes der Deutschen Welle (24.3.1981):

"Die argentinische Regierung hat der Regierungsjunta von El Salvador in ihrem Kampf gegen die linken Guerrillas militärische Berater angeboten, gab der Generalsekretär des Heeres, General Alfredo Saint Jean, bekannt. Der hohe Militär bezog in das Angebot einer Zusammenarbeit im Kampf gegen den Marxismus

auch alle befreundeten Länder, die den gleichen Lebensstil wie wir haben, ein.

Vor den beim Oberkommando des Heeres akkreditierten Journalisten sagte General Saint Jean gestern (18.3.), Argentinien sei bereit, in El Salvador 'praktische Mitarbeit' zu leisten, wenn die Regierung jenes Landes dies ausdrücklich wünsche. 'Wir haben unsere Berater in diesem Kampf, den wir selbst auch einmal geführt haben, angeboten' (...) Diese Erklärungen sind die erste öffentliche Äußerung einer offiziellen argentinischen Stelle über den Konflikt in El Salvador..."

Zusammenfassend kommentierte die mexikanische Tageszeitung El Dia den Besuch Violas in Washington so: "Die USA verpflichten sich, die vielen und schrecklichen Verletzungen der Menschenrechte in Argentinien nicht mehr zu erwähnen, die Toten und die zehntausenden Verschwundenen endgültig zu begraben, jene Opfer der furchtbaren Repression der letzten fünf Jahre, nach denen die Mütter der Plaza de Mayo Woche für Woche rufen. Das alles soll der Vergangenheit angehören... Bisher unterstützten die USA vor allem Brasilien (...) in seiner Funktion eines Gendarmen für einen guten Teil Lateinamerikas. Heute will man gleichzeitig auch Argentinien unterstützen, besonders was seine Funktion im Cono Sur angeht." (El Dia, 23.3.1981)

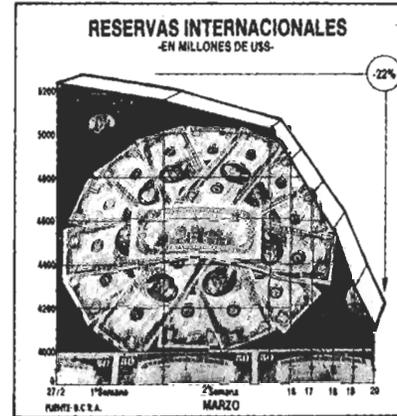
Etwas schwieriger als die "Normalisierung" der Beziehungen zu den USA dürfte sich die Lösung der wirtschaftspolitischen Probleme für das neue Regime gestalten. Schon bei der Amtseinführung Violas als neuer Präsident gab es einen Mißklang: "Statt einer Konfettiparade für den neuen Präsidenten gab es eine Zettelkampagne gegen den scheidenden Minister (Martinez de Hoz). Von den hohen Dächern in der geschäftigen City, dem Zentrum der Banken und Versicherungsgesellschaften, ließen Gewerkschaftler viele Tausende von Papierfetzen mit Sprüchen gegen Martinez de Hoz durch die schwüle Luft flattern. "Johnny komm nie wieder", oder "Wir danken Gott, daß Du gegangen bist, Joe", hieß es auf den meisten. Auf anderen empfahlen die Zettelwerfer den "Arbeitern und allen Unzufriedenen des Landes" eine konzertierte Aktion: Es sei ratsam dem Aufruf eines oppositionellen Unternehmerverbandes zu folgen und Dankgottesdienste dafür zu veranstalten, daß "Joe" künftig Argentinien erspart bleibe." (FAZ, 31.3.1981)

Martinez de Hoz geht, aber die Wirtschaftsprobleme, mit denen die Arbeiter und die nationale Industrie zu kämpfen haben, bleiben. Das Vertrauen in den neuen Wirtschaftsminister Sigaut (vgl. LN 91) und seine Fähigkeit, die Wirtschaft des Landes aus der Krise herauszubringen, scheint nicht besonders groß zu sein.

SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN ARGENTINIEN

★ ★ ★ ★

Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108
Kennwort: Argentinien - Hilfe



Devisenreserven in Mio Dollar

Die Unsicherheit über die zukünftige Währungspolitik - man rechnet mit einer weiteren Abwertung des Peso - führte zu einem Run auf ausländische Devisen. Da der Peso immer mehr an Wert verliert, versucht jeder, der es sich überhaupt leisten kann, sein Vermögen in stabileren Währungen anzulegen und das Geld ins Ausland zu verschieben. Die Folge: zwischen dem 1. und dem 20. März dieses Jahres verringerte sich der Devisenbestand Argentiniens um 1 145 Millionen Dollar. Am 23.3. verfügte das Land nur noch über eine Devisenreserve von insgesamt 4 090 Millionen Dollar. Demgegenüber hat es eine Auslandsschuld von ca. 30 Milliarden Dollar und muß allein in den nächsten 10 Monaten 7 Milliarden Dollar an Schuldendienst bezahlen.

Ein weiteres Indiz für die Zuspitzung der Krise ist, daß allein seit Jahresbeginn ca. 100 000 Arbeiter entlassen wurden, wie die Metallergewerkschaft UOM meldet.

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß eine Sonntagszeitung in Buenos Aires feststellte: "Fast indifferent und ohne Illusionen wohnen die Argentinier der Amtsübernahme durch einen neuen Militärpräsidenten bei." (nach FAZ, 31.3.1981)

Die Argentinier haben auch keinen Grund, sich über den neuen Präsidenten Illusionen zu machen. Zwar kündigte er in den letzten Monaten und auch in seiner Antrittsrede eine "Normalisierung" der politischen Verhältnisse an - allerdings ohne sich auf ein Datum festlegen zu lassen -, doch fällt man in Argentinien im Gegensatz zur bundesdeutschen Presse nicht darauf herein. Wirtschaftsminister Sigaut hat bereits angekündigt, daß er den Kurs seines Vorgängers im Wesentlichen fortsetzen wird. Das heißt, daß wahrscheinlich die überstürzte und ruinöse Öffnung des argentinischen Marktes für Importwaren (vgl. LN 89) etwas abgemildert werden wird, aber damit werden die Probleme von Arbeitslosigkeit, Inflation, Verelendung der Bevölkerung und Vernichtung der nationalen Industrie durch die internationale Konkurrenz noch nicht beseitigt. Somit ist nicht zu erwarten, daß sich die Lebensbedingungen des argentinischen Volkes sehr verbessern werden.

Auch ist die "Normalisierung" des politischen Lebens nicht mit "Demokratisierung" gleichzusetzen, wenn man unter Demokratie die Selbstbestimmung des Volkes versteht. Das Regime streckt zwar seine Fühler in Richtung der korruptierten Spitzen der Parteien aus und sucht das Gespräch mit ihnen, aber selbst eine begrenzte Zulassung politischer Aktivität der Parteien würde doch nur ein Mitspracherecht innerhalb der vom Militärregime gesetzten Grenzen bedeuten. Eine solche "Normalisierung" hätte allerdings den Vorteil, daß sich damit das Image des Regimes im Ausland aufbessern ließe.

Wie wenig ernst die "Normalisierung" gemeint ist, zeigt auch die Verhaftung von 68 Müttern der Plaza de Mayo am 12. März, als sie wieder einmal vor dem Regierungspalast die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen forderten.

KOLUMBIEN

Repression nach Scheitern der Guerillaaktion

Am 24. März brach die kolumbianische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Kuba unter dem Vorwand ab, das fehlgeschlagene Unternehmen der Guerillaorganisation M-19 im Süden des Landes sei von Habana aus unterstützt worden. In Wirklichkeit dürfte es sich aber um einen freundschaftlichen Akt gegenüber der neuen Reagan-Administration in Washington handeln, die mit einem wohlwollenden Auge die Guerillabekämpfung betrachtet und das andere Auge verschließt, um nicht die Verwicklung höchster Kreise des Landes in den Rauschgifthandel zu bemerken. Der Schriftsteller Gabriel García Márquez, Autor so berühmter Werke wie "Hundert Jahre Einsamkeit" und "Herbst des Patriarchen", suchte in der mexikanischen Botschaft in Bogotá um Asyl nach, weil er sich wegen seiner Kontakte zur kubanischen Botschaft bedroht sah.

Zwischen dem 8. und 23. März hatte die kolumbianische Armee eine großangelegte Operation gegen eine im Aufbau befindliche Front der Bewegung M-19 geführt, bei der ihr angeblich mehrere Waffenlieferungen aus Kuba in die Hände fielen. Die Operation konzentrierte sich auf die Departements Putumayo und Nariño im Grenzgebiet zum Nachbarstaat Ecuador. Zahlreiche Guerilleros, die sich über die Grenze nach Ecuador flüchteten, wurden von kolumbianischen Truppen auf ecuadorianisches Territorium verfolgt. 47 von ihnen, die sich den Behörden Ecuadors gestellt und bei ihnen um Asyl nachgesucht hatten, wurden, teilweise noch in verwundetem Zustand, von den dortigen Militärs an die Kollegen des Nachbarlandes ausgeliefert. Proteste von Menschenrechtsorganisationen aus Ecuador kamen zu spät. Die ecuadorianischen Behörden sahen sich lediglich gezwungen, die Namen der Ausgelieferten preiszugeben.

Die Identität der restlichen Gefangenen wird von den kolumbianischen Militärs nach wie vor geheimgehalten. Es verlautete lediglich, daß etwa 20 Guerilleros gefallen seien, darunter das Führungsmitglied Ivan Marino. Unter den übrigen Verhafteten befinden sich nach Angaben des Militärs die führenden Mitglieder Carlos Toledo Plata, ein ehemaliger Parlamentarier der ANAPO-Socialista, und Rosenberg Pabón, der Leiter der Botschaftsbesetzung vom März letzten Jahres ("Comandante Uno"). Den beiden Führungsmitgliedern Jaime Bateman und Carmenza Cardona ("La Chiqui") soll dagegen die Flucht gelungen sein.

Die Aufenthaltsorte der gefangenen Guerilleros werden von den Militärs hartnäckig verschwiegen, und die Namen der meisten auf kolumbianischem Territorium verhafteten Personen sind bis heute nicht bekannt. Das kolumbianische Ausnahmerecht, das in Artikel 28 der Verfassung niedergelegt ist, sieht u.a. vor, daß Gefangene bis zu 10 Tagen festgehalten werden können, ohne einem Richter oder Anwalt vorgeführt zu werden und ohne daß ihre Familienangehörigen Mitteilung über ihren Aufenthaltsort erhalten. Diese Frist wird nun mit dem fadenscheinigen Argument ausgedehnt, daß die Häftlinge als "Kriegsgefangene" anzusehen seien, wie sich der verantwortliche General Landazabal vor der Presse vernehmen ließ (El Espectador, 20.3.81). Es steht zu be-

fürchten, daß diese "Kriegsgefangenen" nicht nach der Genfer Konvention behandelt, sondern wie die meisten von Militärs verhafteten Kolumbianer mißhandelt und gefoltert werden (vgl. die 250 Seiten umfassende Dokumentation von Amnesty International, veröffentlicht im September 1980).

Der Staatsanwalt des Militärgerichts von La Picota, das seit November 1979 gegen mehrere Hundert Angehörige der Organisation M-19 verhandelt, hat erklärt, er plane einige der kürzlich gefaßten M-19-Mitglieder in den laufenden Prozeß einzubeziehen, namentlich Carlos Toledo Plata (El Espectador, 19.3.81).

Seit dem 8. März haben Spezialeinheiten des Militärs und der Polizei auch wieder zahlreiche Verhaftungen in Bogotá und anderen Städten vorgenommen; vor allem sind Studenten und Gewerkschafter betroffen. Das ganze Ausmaß der Verhaftungswelle, läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht übersehen, sie soll nach einigen Berichten an die vom Januar 1979 herantreichen (vgl. LN 67).

Auf dem Lande wurden seit dem Januar dieses Jahres eine Reihe von Gebieten militarisiert⁽⁴⁾ insbesondere in den Departements Caquetá, Cauca und Risaralda:

In El Pato (Caquetá), einem Konfliktgebiet, über das wir in LN 87 u. 89 berichtet haben, wurden im Januar mehr als 18 Personen verhaftet und mehr als 20 Familien von ihren Ländereien vertrieben. In Florencia, der Hauptstadt des Departements, wurde Claudio Pabón, ein führendes Mitglied der politischen Organisation FIRMES, verhaftet. In anderen Teilen des Caquetá wurden weitere 13 Personen verhaftet, die von den Militärs "subversiver Aktivitäten" beschuldigt werden, darunter auch Mitglieder der Liberalen und Konservativen Partei. Ein Teil von ihnen ist bislang noch nicht wieder aufgetaucht (Boletín de Prensa del Comité Permanente por la Defensa de los Derechos Humanos, 6.3.81).

In Risaralda wurden zahlreiche Personen verhaftet und z.T. gefoltert, darunter ein Militärarzt aus der Departementshauptstadt Pereira, der sich nach dem Schicksal seines inhaftierten Bruders erkundigen wollte.

In den Guerillazonen von Yacopí (Cundinamarca), Urabá (Antioquia) und Cimitarra (Santander) gehen die Verhaftungen und Folterungen der bäuerlichen Bevölkerung weiter, die verdächtigt wird, mit der Guerilla zu sympathisieren und sie mit Lebensmitteln zu versorgen. Der Bauer Yezid Tovar aus Yacopí wurde am 8. März, einen Tag nach seiner Verhaftung, in der Militärbasis von Llano Mateo zu Tode gefoltert und auf dem Gemeindefriedhof unter Ausschluß seiner Familienangehörigen beigesetzt (Boletín de Prensa..., 20.3.81).

Auch in den Gebieten, in denen die indianische Bevölkerung dominiert, haben die Konflikte mit Polizei und Militär seit Januar erheblich zugenommen:

In Puerto Lleras (Chocó) errichtete das Militär eine neue Basis, von der aus die Bevölkerung durch permanente Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Mißhandlungen terrorisiert wird.

In Ortega (Tolima) wurden am 18. März 150 Eingeborene von Polizei und Militär aus ihren Wohngebieten vertrieben. Dabei wurden 7 von ihnen verwundet und in ein Krankenhaus gebracht (El Tiempo, 19.3.81). In Cristianía (Antioquia) wurden am 17. Februar mehrere Indiofamilien von der Polizei angegriffen und von den zu ihrem Reservatsgebiet gehörenden Ländereien vertrieben. Am 1. März wurde der

Indio Gonzalez Yagari von Parteigängern des Großgrundbesitzers Libardo Escobar ermordet (El Mundo, Medellín, 13.3.81).

Im Departement Cauca fand Anfang Februar (während sich Präsident Turbay Ayala in den USA aufhielt) eine Sicherheitskonferenz unter Leitung des Interimspräsidenten Mosquera Chaux statt (einem Großgrundbesitzer der Region). Auf dieser Konferenz wurden in Anwesenheit der Minister für Verteidigung, Inneres und Justiz und mehrerer regionaler Vertreter von Polizei und Militär geheimgehaltene Maßnahmen zur Bekämpfung von Landnahmen durch "organisierte Indios" getroffen (El Espectador, 9.2.81). Dies hatte die Militarisierung verschiedener von Indios bewohnter Gemeinden im Tierradentro und im südlichen Cauca zur Folge. In der Nähe von Santander de Quilichao (nördl. Cauca) wurden 7 Indios erschossen, ein Mord, den die offizielle Presse der Guerillaorganisation FARC in die Schuhe schieben wollte, der in Wirklichkeit aber von der Armee ausgeführt worden sein dürfte. (vgl. El Espectador, 6.2.81). Am 3. März wurden in der benachbarten Gemeinde Morales wiederum zwei Bauern erschossen.

- 1) d.h. die betreffenden Zonen wurden unter Kriegsrecht gestellt, was bedeutet, daß die Bevölkerung sich nur mit Passierscheinen bewegen kann, daß die Bürgermeister vom Militär eingesetzt werden u. ä.

Angesichts dieser alarmierenden Berichte bitten wir Euch, Briefe oder Telegramme an den kolumbianischen Außenminister und / oder den Obersten Gerichtshof des Landes zu senden mit Kopien an den kolumbianischen Botschafter in Bonn. Darin solltet Ihr Euch nach folgendem erkundigen:

- 1.) den Namen der Verhafteten
- 2.) den Orten, an denen sie gefangengehalten werden.

Ferner solltet Ihr eine Garantie für die körperliche und psychische Integrität der Verhafteten verlangen (angesichts der von Amnesty dokumentierten Menschenrechtsverletzungen, s.o.) sowie ärztliche Behandlung und die Betreuung durch einen Rechtsanwalt ihres Vertrauens fordern.

Hier die Adressen:

Señor Carlos Lemos Simonds
Ministro de Relaciones Exteriores
Carrera 10 - 20 -19
Bogotá / KOLUMBIEN

Señor Presidente de la
Corte Suprema de Justicia
Carrera 8 - 11 - 56
Bogotá / KOLUMBIEN

Dr. Mariano Ospina Hernandez
Botschafter der Republik Kolumbien
Friedrich-Wilhelm-Str. 35
5300 Bonn 1

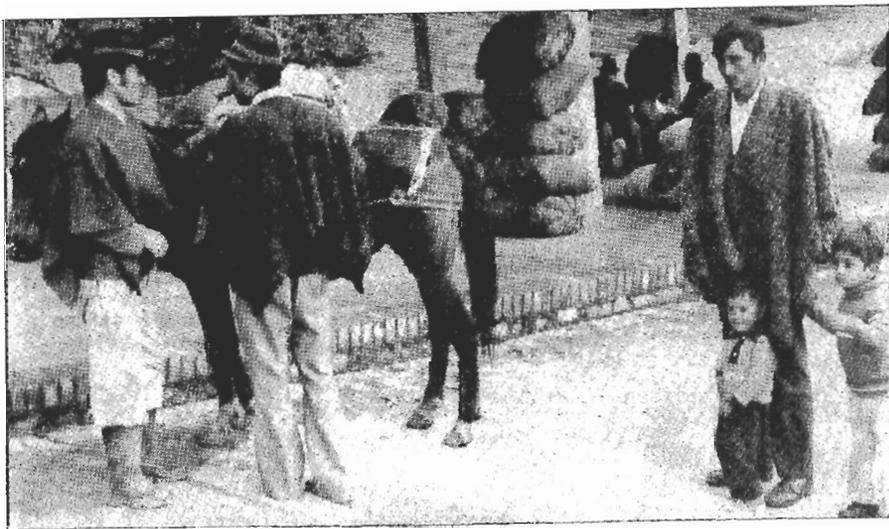
Außerdem bitten wir Euch, für den Widerstand und für die politischen Gefangenen in Kolumbien Geld zu spenden auf das Konto:

"Elfriede Kohut" 38 00 87 - 108 Postscheck Berlin-W. "Kolumbien"

Bedeutung der Guerillakampfes

Kolumbien ist das einzige Land Lateinamerikas mit einer stabilen, seit Jahrzehnten existierenden Guerilla. Schon im letzten Jahrhundert gab es liberale und konservative Guerillaverbände, deren Ziel es war, die Regierungen aus ihren Machtpositionen zu vertreiben. An dieser Tradition knüpft die sozialistische Guerilla an. Der bedeutendste Verband ist die FUERZAS ARMADAS REVOLUCIONARIAS DE COLOMBIA (FARC), angeführt von dem legendären Manuel Marulanda Vélez, der 1949 begann, Guerilleros der Liberalen Partei zu führen und 1951 zu KP-orientierten Gruppen überging. Die FARC steht noch heute der KP nahe. - Das EJERCITO DE LIBERACION NACIONAL (ELN) ist nach der kubanischen Revolution gegründet worden, und ist der letzte überlebende Verband jener Kuba-orientierten ELNs der sechziger Jahre, die es in Bolivien, Peru, Venezuela und Guatemala gab. Sein Einflußgebiet ist stark geschrumpft und ging z.T. an die FARC verloren. Auch Zonen des maoistischen EJERCITO POPULAR DE LIBERACION (EPL) sind mittlerweile in Nordkolumbien (Urabá) der FARC zugefallen. Die EPL wurde durch Repression stark dezimiert und teilte sich in verschiedene Fraktionen und Regionen auf - eine davon ist das COMANDO PEDRO LEON ARBOLEDA (PLA) um Cali. Die FARC kontrolliert große, quasi-autonome Zonen von Südkolumbien bis zur Grenze Panamás, obwohl 1964 auf eine ihrer Zonen (Marquetalia, Munizip Chaparral/Tolima) Napalm abgeworfen wurde. Neben der FARC ist das MOVIMIENTO 19 DE ABRIL (M-19) die zur Zeit aktivste Guerillabewegung. Sie genießt in breiten Volksschichten mehr Popularität als die anderen Verbände. Nach 1970 ging sie aus der ANAPO hervor, deren populistischer Führer, Ex-Diktator Rojas Pinilla, den Wahlsieg von 1970 "verkaufte" oder zum Wahlbetrug gezwungen wurde. M-19 scheint jetzt den massenhaften Zustrom kaum bremsen zu können, was ihre Verletzlichkeit durch Spitzel und nachfolgende Repression erhöht. Die FARC hat gegenwärtig 9 Fronten und will weitere 6 aufbauen. Rechnet man realistischere Weise mit je zwei Fronten durch M-19, ELN, EPL und der trotzkistischen Guerillabewegung (Movimiento de Autodefensa Obrera - MAO), dann dürfte Kolumbien in wenigen Jahren nahezu 20 Guerillafronten besitzen. Neben den stabilen Guerillaformationen ist Kolumbien in Lateinamerika noch aus einem zweiten Grund eine Ausnahme: Intern stellen die vor 130 Jahren gegründete Liberale und Konservative Partei immer noch die politische Führungsspitze. In allen größeren Ländern Lateinamerikas wurde die Parteienstruktur des 19. Jahrhunderts überwunden - nicht in Kolumbien. Die Fähigkeit zur Machterhaltung wird seit der Unabhängigkeit von Spanien in den gleichen Familien weitergegeben. Die herrschende Clique verfügt über verblüffend ausgekochte, der politischen Kultur immanente Taktiken und Tricks zur Zementierung des status quo. International bestätigt sich diese "Staatskunst" am relativ guten Image: trotz eines Bürgerkrieges, der Violencia (ab 1947), mit 200000 bis 300000 Toten und einem Ausnahmezustand (mit kurzen Unterbrechungen vor Wahlen) ebenfalls seit 1947. Häufig wird das Ende der Violencia mit 1964 angegeben. Es ist jedoch besser von einem Bürgerkrieg in Etappen und mit wechselnden Fronten in verschiedenen Regionen zu sprechen. Trotz regelmäßig wiederkehrender Repression mit Massenmorden (z.B. 1973 mit 1000 Toten unter den ELN-Campesinos bei Anorí/Antioquia, wovon die Öffentlichkeit nichts erfuhr) konnte das kolumbianische Regime im Westen das Bild einer für Lateinamerika beispielhaften Demokratie aufrechterhalten. Während das kolumbianische Wahlvolk seit Jahrzehnten zu 50-70% den Wahlen fernbleibt, nutzt die Regierung das positive

Bild im Ausland: sie benötigt massive internationale Unterstützung aus allen Kanälen, um sich über die Legislaturperioden zu retten - und erhält sie auch. International scheint die Amnestiekampagne erneut positiv aufgenommen zu werden; bereits in den 50er Jahren gab es unter dem Diktator Rojas Pinilla ein Amnestieangebot, falls die Guerrilleros ihre Waffen abliefern. Jene, die zu naiv waren, daran zu glauben, wurden z.T. in beträchtlicher Zahl ermordet - vor allem ihre Führer, sofern sie nicht bereit waren, sich "kaufen" zu lassen. Die bedeutendsten der ermordeten Führer sind Guadalupe Salcedo und Dumar Aljure. Andere gaben nur die unbrauchbaren Waffen ab und vergruben die noch intakten für künftige Auseinandersetzungen. Wie erklärt sich der massenhafte Zulauf zu M-19? Wahrscheinlich ist er auf die augenblickliche politische Konjunktur zurückzuführen, denn kaum eine andere Opposition genießt im verzweifelten Volk mehr Glaubwürdigkeit. Zum anderen scheint die Bewegung immer noch stark populistisch und somit nationalistisch orientiert zu sein, was die Mobilisierung erleichtert. Aussichten für einen revolutionären Wandel bestehen mittelfristig keine - schon deshalb weil angesichts der heutigen internationalen Macht- und Herrschaftsstruktur sowie der Einbindung in den Weltmarkt nationale Revolutionen zu einer Fiktion wurden. Es fehlen strategische Vorstellungen und Pläne für ein vom Weltmarkt abgekoppeltes und mit ebenbürtigen Partnern aufgebautes Handels- und Produktionssystem. Die Verbindungen zu den Nachbarländern sind jedoch schlechter als zu den imperialistischen Metropolen... Interne Handlungsspielräume gibt es in Kolumbien zwar für den Aufbau einer alternativen Gesellschaft und eines neuen Wirtschaftssystems in den großen national nicht integrierten und quasi-autonomen Zonen. Es scheint jedoch, daß die Chance, eine neue Gesellschaft "im Schoße der Bourgeoisgesellschaft" (K.Marx) aufzubauen nicht genutzt wird.



CHILE Als Tourist im Knast

8. März: Die Frau im Kampf gegen Hunger und Unterdrückung

Unter diesem Motto findet im Gewerkschaftssaal von Panal, einer großen Textilfabrik, eine Veranstaltung statt. Sie ist mit ca. 250 Teilnehmern schlecht besucht - der massiven Unterdrückung wegen -, obwohl dieser Tag in Lateinamerika eine viel breitere Tradition hat als in Deutschland. Veranstalter sind Unterstützungskomitees zur Verteidigung der Rechte der Frau und zur Organisierung in Poblaciones (Elendsviertel). Es reden Clotario Bless, der greise Mitgründer der Gewerkschaftsbewegung, Vertreterinnen verschiedener Frauenorganisationen, Künstlerinnen und Künstler, die Schwester des Außenministers der UP-Regierung, Letelier, der in den USA vom chilenischen Geheimdienst umgebracht wurde, ein Pfarrer und ein Vertreter der jüngsten Bodenbesetzung in Santiago. Viel Enthusiasmus herrscht auf der Veranstaltung, viel Gerufe und Geklatsche. Zum Schluß wird zu einer Demonstration aufgerufen.

Wir verlassen als letzte den Saal, vor dem uns etwa 15 Carabineros begutachten - mehr als zu Beginn der Veranstaltung. Wir kommen an einen Markt. Ein Polizeiauto hält an der Ecke, ein Polizist steigt aus und richtet seine MP auf uns. Wir wählen dann den Weg über den Markt, weil dort viele Menschen sind, ohne zu ahnen, daß wir damit in eine Falle laufen. Am Ende des Marktes stehen ebenfalls Polizeiautos. Polizisten durchkämmen den Markt und nehmen 34 Personen fest: 14 Frauen, 20 Männer. Jugendliche unter 18 Jahren werden entlassen.

Wir bringen dann 4 Stunden auf einem Polizeikommissariat zu, wo zuerst die Frauen, zuletzt die 4 Ausländerinnen aufgerufen werden. Danach kommen die Männer an die Reihe. Wir sitzen auf einem kleinen Hof auf der Erde und werden fotografiert. Die Stimmung ist sehr gedrückt. Viele Frauen weinen. Einem Mädchen wurde von einem Polizeihund die Hose zerrissen.

Kurz nach 18 Uhr fährt ein Polizeiauto vor, lädt uns auf und bringt uns fort. Im Hauptkommissariat werden wir Frauen an exerzierenden Polizisten vorbei in eine Turnhalle gebracht. Dort erwarten uns schon zwei Frauen, die den Abend vorher verhaftet worden waren. So sind wir nun 11. Wir stellen Feldbetten auf, die zum Teil kaputt sind und immer wieder ausgewechselt werden müssen, bekommen Tee und Semmeln, werden wieder zur Aufnahme der Personalien aufgerufen und müssen unsere Taschen und Wertgegenstände abgeben. Versuche, Verwandte oder unsere Botschaften anzurufen, werden nicht genehmigt. Turnhalle, WC und Waschbecken sind sehr unsauber.

Am Montag um 9 Uhr kann ich endlich in der Botschaft anrufen. Man fragt mich, ob ich frei sei und verspricht, am Vormittag einen Beamten vorbeizuschicken. Sie wissen, daß die Männer im 6. Kommissariat seien - ein Beamter habe sie schon aufgesucht.

Niemand fragt uns, was wir gemacht haben. Die Anschuldigungen, Flugblätter verteilt, ein Spruchband aufgerollt und die Regierung beschimpft zu haben, werden mir erst später von der Botschaft mitgeteilt. Wir werden am Sonntag und am Dienstag zu einem Arztposten gebracht. Man fragt uns, ob wir mißhandelt wurden. Auch sonst haben wir den Eindruck, daß sie uns Ausländerinnen gegenüber besonders korrekt sein wollen. Dann werden unsere Personalien erneut aufgenommen, wir werden mit einer Nummer fotografiert, und die Abdrücke unserer 10 Finger werden abgenommen. Zu essen bekommen wir das gleiche

wie die Polizisten. Angst hatte ich immer dann, wenn wir aufgerufen wurden und in ein Auto steigen mußten. Viel stärker aber war die Angst um die chilenischen Frauen, die weder Botschaft noch Rechtsanwalt hatten, in andere Landesteile verbannt werden, ihre Arbeit oder Studienplatz verlieren konnten.

Wir Frauen sind bald eine feste Gemeinschaft. Jeder Besuch wird beklatscht, die Geschenke auf einem Tisch ausgebreitet. Wir trinken aus einem Glas, rauchen gemeinsam Zigaretten. Die Angehörigen der Chileninnen versorgen uns mit Decken.

Am Montagnachmittag besucht uns unsere Freundin von der MISSIO. Sie berichtet, daß der Rechtsanwalt der MISSIO, der von Polizisten gekidnappt worden war, viele Stunden mit verbundenen Augen in Einzelhaft war und nun gerade entlassen worden war.

Erst am späten Montagabend erscheinen zwei Beamte der deutschen Botschaft und berichten über die Gespräche im Innenministerium. Zwei Alternativen: Ausweisung binnen 24 Stunden mit unserem Einverständnis oder Beweis der eigenen Unschuld mit langwierigen Verhandlungen. Wir entschließen uns für die Ausweisung. Der Gedanke, was aus den Chileninnen wird, wenn wir ausreisen, beschäftigt mich sehr. Dienstagmittag erscheinen erneut die zwei Botschaftsbeamten und versichern uns, daß sie uns am Flugzeug verabschieden werden. Das Gespräch ist sehr kurz. Wir müssen wieder zur ärztlichen Untersuchung.

Dann erscheinen zwei Chilenen mit einem dicken Buch. Wir müssen etwas unterschreiben. Auch ich unterschreibe etwas, leider ohne nachzufragen. Dann kommt die Holländerin entsetzt zu uns, wir hätten unterschrieben, daß wir uns gegen den chilenischen Staat vergangen hätten. Ich versuche zu protestieren, will einen Rechtsanwalt oder den Botschafter sprechen, aber ohne Erfolg.

Wir müssen raus, nehmen Abschied von den Frauen. Wir umarmen uns und weinen alle. Dann werden wir in ein Auto gebracht und warten ca. 20 Minuten vor dem Männerknast, bis diese kommen. Von dort geht es zur Internationalen Polizei. Ein kleiner Raum mit etwa 20 Polizisten. Zwei sprechen deutsch. Dann wieder Aufnahme der Personalien. In einem kleinen Zimmer wird für jeden von uns ein Schreiben aufgesetzt. Ich lasse mir von meinem Sohn den Inhalt erklären und unterschreibe diesmal nicht. Es stehen die genannten Anschuldigungen drin. Das alles kostet sehr viel Zeit. Die Holländerin ist schon abgeholt worden. Auf einmal haben sie es sehr eilig. In welchem Hotel sei unser Gepäck? Wir erklären, daß wir die Adressen nicht herausgeben. Wir werden herausgerufen. Die Treppe ist voller ziviler Polizisten. Wir können nicht weiter. Einer fängt an, uns zu stoßen. Alle werden laut. Endlich ist die Treppe frei. Wir fahren zum nationalen Flughafen. Zwei Botschaftsbeamte warten seit 4 Stunden auf uns. Und die Holländerin ist immer noch nicht da. Sie sollte plötzllich nach Argentinien abgeschoben werden, wollte aber nur mit uns ausfliegen.

Um 18 Uhr sind wir endlich startbereit: 2 Piloten, 2 Polizisten und wir 6 Ausländer. In einer Staatsmaschine fliegen wir 5 1/2 Stunden nach Arica an die peruanische Grenze. Dort werden wir zum Grenzposten gebracht und kurz vor Mitternacht an die Peruaner ausgeliefert. Mit einem Bus fahren wir nach Tacna, übernachten in einem kleinen Hotel. Am nächsten Tag geht es mit demselben Bus weiter nach Lima.

NICARAGUA

Ein Volk lernt lesen

Wir drucken hier auszugsweise den Reisebericht zweier Deutscher ab, die 3 Monate lang eine Gesundheitsbrigade innerhalb der Alphabetisierungskampagne von 1980 begleiteten und hier ihre Eindrücke über die Erziehung in Nicaragua verarbeitet haben. (Siehe auch LN 86: Nicaragua - Das Buch als Waffe)

... Wie wir in der Endphase der Kampagne miterlebten, führten die Auseinandersetzung der Alphabetisatoren und der Alphabetisierenden mit ihren Bedürfnissen und Vorstellungen von Bedeutung und Veränderung der Revolution zu ersten Ansätzen von Selbsthilfe auf vielen Gebieten: so organisierten zum Beispiel die Alphabetisatoren mit den Bauern die Ausbildung der "Milicias", einer paramilitärischen Gruppe von Freiwilligen mit dem Ziel, sich gegen Angriffe von Konterrevolutionären - wie sie in den Bergen immer wieder vorkommen - verteidigen zu können. In vielen Gemeinden wurden auf Anregung der Jugendlichen sogenannte "Komitees zur Verteidigung der Sandinistischen Revolution" gegründet, deren Mitglieder sich regelmässig treffen, um Probleme der Gemeinde zu besprechen.

Daneben gaben die Alphabetisatoren in Zusammenarbeit mit den Gesundheitsbrigaden Anstöße für den Aufbau von Gesundheitsposten und Medikamentendepots. Die Verbreitung von Malaria, Parasiten, Niereninfektionen, Rheuma, Tuberkulose und Berglepra wurde erfasst und Behandlungen und Präventivmassnahmen eingeleitet. Dabei wurden auch Sümpfe und Tümpel trockengelegt, Obstbäume angepflanzt und Brunnen gegraben. Überall dort, wo heute eine Latrine steht, hat mit Sicherheit ein Alphabetisator gelebt.

... Während der Kampagne, in der die Nicaraguenser durch den Einsatz aller ihrer Kräfte die Analphabetenquote im Land von 50 auf 13 Prozent senken konnten, vertiefte sich das Bewusstsein, dass mit dem Sieg über Somoza die Revolution überhaupt erst begonnen hat. Bestärkt durch den grossen Erfolg der Kampagne geht man jetzt daran, die mühevollen Anfänge fortzusetzen.

Versuch einer Arbeitsschule

Die in der Kampagne noch nicht oder nicht fertig Alphabetisierten - und das waren Ende August noch etwa 130 000 - sollen in einer "Nachkampagne" alphabetisiert werden. Im November 1980 begann zudem eine eigene Kampagne für die bisher nicht alphabetisierte englisch- und miskitosprachige Bevölkerung an der Atlantikküste, für die auch spezielle Lehrbücher angefertigt wurden, die sich ganz auf die Lebensbedingungen und die völlig andere Kultur der schwarzen und indianischen Küstenbewohner beziehen.

Die Erwachsenen, die gerade lesen und schreiben gelernt haben, werden in technischen und ökonomischen Kursen, die vom Erwachsenenbildungsministerium organisiert werden, aus- und weitergebildet.

Das Gesundheitsministerium ist dabei, in einer systematischen Aufklärungskampagne die gesetzten Anfänge weiterzuentwickeln: ein Malariabekämpfungprogramm beispielsweise (80 % der Bevölkerung auf dem Land leiden an Malaria) hat bereits grossen Erfolg.

Seit dem 1. Oktober ist der Schul- und Universitätsbetrieb wieder in vollem Gange. Vor allem Techniker, Ärzte und Lehrer, die das Land dringend benötigt, sollen nach völlig neuentwickelten Lehrprogrammen ausgebildet werden. Im Dezember allerdings wurden die Schulen und Universitäten geschlossen, um einen ersten Versuch der "Arbeitsschule" durchführen zu können: Ein Teil der Schüler arbeitete in dieser Zeit freiwillig bei der Kaffee-Ernte mit, während die übrigen Jugendlichen nach eigenen Plänen dort halfen, wo sonst noch Unterstützung notwendig war: sie bauten Schulen, pflanzten Bäume, bemalten öffentliche Gebäude, reinigten Strassen und Schulen und vieles mehr.

Dieses Projekt entstand aufgrund der positiven Erfahrungen der Alphabetisierungskampagne und ist ein Versuch, auch längerfristig Lernen und Arbeit zu einer untrennbaren Einheit zu machen. Nicht nur in pädagogischer Hinsicht ist diese Art von Arbeitseinsätzen von grosser Bedeutung. Auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation des Landes kann das neue Nicaragua ohne Integration und Beteiligung aller am praktischen Wiederaufbau wohl kaum überleben; und ohne das Möglich-Machen von Bildung für alle ist eine eigenständige Entwicklung nicht zu verwirklichen.

Als wir Nicaragua Ende November verliessen, liefen die beschriebenen Projekte im ganzen Land auf Hochtouren. Etwas chaotisch zwar, weil die "Nicas" in Verwaltung und Organisation noch sehr ungeübt sind und weil in allen Bereichen Fachkräfte fehlen. Aber wenn wir bedenken, dass sowohl der Befreiungskrieg, als auch die Alphabetisierungskampagne letztlich nur durch einen guten Teil Improvisationsvermögen, Fantasie und einen kaum vorstellbaren Einsatz aller erfolgreich waren, lässt dies hoffen, dass die neuen Ziele nicht zu hoch gesteckt sind.

"Nach dem ersten Schritt weichen wir nicht mehr zurück"
Schulische Erziehung im Umbruch

... Als am 19. Juli 1979 die Sandinistische Revolution siegte, hinterliess ihr Somoza ein Erziehungssystem in einem zerstörten Land, dessen Bevölkerung zur Hälfte weder lesen noch schreiben konnte.

Erziehung als Voraussetzung von Selbstbestimmung

Im Regierungsprogramm der FSLN werden Unwissenheit und Analphabetentum als die entscheidenden Faktoren zur Aufrechterhaltung von Unterdrückung und Ausbeutung erkannt. Erziehung für alle ist für die Revolutionsregierung nicht nur eine "strategische Notwendigkeit" für die Überwindung der ökonomischen und sozialen Unterentwicklung des Landes, sondern auch Voraussetzung für die Entwicklung eines politischen Bewusstseins und der Fähigkeit zur Selbstbestimmung der Bevölkerung.

So wurde sofort nach der Übernahme der Regierung durch die FSLN das Erziehungsministerium neu organisiert. Drei Vizeministerien sind nun für den Aufbau des neuen Erziehungssystems verantwortlich.

1. Das Ministerium für Alphabetisierung, das jetzt für Erwachsenenbildung zuständig ist, organisierte als erste Massnahme einer

allgemeinen Volksbildung die "Nationale Alphabetisierungskampagne".

2. Die Einrichtung eines Vizeministeriums für Planung und politische Bildung ist bezeichnend für den Stellenwert, der der Entwicklung des politischen Bewusstseins in Nicaragua beigemessen wird.

3. Das dritte Viceministerium kümmert sich um die Instandsetzung des allgemeinen Schulsystems.

Erste Massnahmen des Erziehungsministeriums

- Das Schulsystem wurde in allen Bereichen der staatlichen Kontrolle unterstellt und die Kosten für schulische Bildung vom Staat übernommen, um eine Demokratisierung und Chancengleichheit einzuleiten.

- Als vordringlichster Teil des Schulprogramms wurden die durch den Krieg zerstörten oder beschädigten Schulräume wieder in Stand gesetzt. Vor allem auf dem Land, wo der Unterricht z.T. im Freien stattfinden musste, wurden so schnell wie möglich Hütten, die als Dorfschulen dienen konnten, gebaut.

- Über 2000 Lehrer, die z.T. von Somoza verfolgt und entlassen worden waren, wurden neu eingestellt. Daneben konnten zum ersten Mal in vielen abgelegenen Landgebieten Schulen eröffnet werden, weil 1200 kubanische Volksschullehrer für eine kurzfristige Hilfe direkt nach der Revolution nach Nicaragua kamen.

- Die dezentrale Anlage von 18 regionalen Schulzentren soll die bisher besonders benachteiligten Landkinder fördern. Ihnen wird auf diese Weise eine Ausbildung ermöglicht, die die Verschiedenartigkeit der einzelnen Regionen berücksichtigt und der grossen Landflucht entgegenwirken soll.

- Spezielle Erziehungsbereiche, wie z.B. die Waisen- und Behindertenbetreuung, die unter Somoza privaten und kirchlichen Initiativen überlassen war, wurden vereinheitlicht und ins staatliche Schulsystem eingegliedert. Für die Vorschulerziehung - unter Somoza ausschliesslich ein Privileg der Reichen - wurde ein ganz neues Programm entwickelt und im ganzen Land Zentren eingerichtet, die allen Kindern zugänglich sind.

- An weiterführenden Schulen und Universitäten wurden Ausbildungsgänge geschaffen, die in direkter Verbindung zu den Produktionsbereichen des Landes stehen und den Wirtschaftsentwicklungsplänen der Regierung entsprechen. So richtete die UNAN z.B. 500 neue Studienplätze für Agrarwissenschaften ein. Genauso wurde die Lehrer- und Arztausbildung stark erweitert.

Für diese und viele andere Sofortmassnahmen ist die Finanzierung aufgrund der leeren Staatskassen bis heute nicht gesichert. Das Finanzministerium quält sich Monat für Monat über Kredit- und Schuldenverhandlungsrunden, und viele Projekte stehen und fallen buchstäblich mit dem Eingang von ausländischen Beihilfen und Spenden - die bisher nur sehr zögernd kommen.

Im Gegensatz zur mangelhaften ausländischen Unterstützung ist das Engagement der nikaraguensischen Bevölkerung für diese Erziehungsprogramme jedoch immens. An jeder Strassenecke werben Wandmalereien, Plakate, Gedichte oder Slogans wie "In jeder Hütte ein lernender Nica" für die Volksbildung. Offensichtlich mit Erfolg: denn z.Z. gibt es kaum einen Nikaraguaner, der nicht in irgendeiner Weise am nationalen Lehr- und Lernprozess beteiligt ist.

Radikale Reformen oder was heisst "Revolutionäre Erziehung"

Das besondere beim Aufbau des neuen Erziehungssystems im "Freien Nikaragua" ist - laut Erziehungsminister Tunnermann, "dass es sich nicht nur darum handelt, das Zerstörte wieder aufzubauen und das Nie-Erbaute zu errichten, sondern vor allem darum, das etablierte Schulsystem grundlegend zu verändern".

Die Notwendigkeit einer solchen Veränderung zeigte sich schon bei Schuljahrsbeginn 1979 nach dem Sieg der Revolution: die Jugendlichen, die den Befreiungskrieg hauptsächlich bestritten hatten, forderten einen neuen Unterricht. Sie protestierten gegen autoritäre Unterrichtsformen, veraltete Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien und die teilweise immer noch herrschende Schulverwaltung.

Verstärkt wurde diese "Herausforderung an die etablierte Schule" durch die Alphabetisierungskampagne 1980, während der die Jugendlichen nach dem Konzept des brasilianischen Pädagogen Freire selbst unterrichteten. Sie lehrten Lesen und Schreiben und lernten dabei selbst mehr über die Realität ihres Landes, als ihnen die Schule in jahrelangem Unterricht vermitteln konnte. Nach 5-monatigem Leben mit den Bauern kamen sie verändert aus den Bergen zurück: Laut den Beobachtungen eines Journalisten sind sie "nicht mehr die verwöhnten Mittelschichtskinder, die, wie vor ihrer Arbeit bei den Bauern, nur Travolta-Kleidung und Disco-Musik im Kopf haben. Sie haben die tägliche Tragödie der Armen am eigenen Leib erfahren und sind "Compañeros" geworden, die sich ihrer Verantwortung für die Veränderung des Elends bewusst sind.

Die pädagogische Konsequenz aus den Erfahrungen der Jugendlichen in den "Befreiungskriegen" gegen Somoza und den "Analphabetismus" besteht nun nicht allein in der Abschaffung autoritärer Unterrichtsformen zugunsten gleichberechtigten, demokratischen Lernens in Gruppen. "Diese Jugendlichen" - so Tunnermann - "fordern Erziehungsprogramme, die sie weiterhin in den Aufbau des Landes einbeziehen.

Ein erster Ansatz zur Verwirklichung dieses Erziehungskonzepts war der Einsatz der Schüler bei der Kaffee-Ernte im Dezember 1980. Kaffee ist eines der wichtigsten Exportgüter Nikaraguas. Da nicht genügend Saisonarbeiter vorhanden waren, konnte die Ernte nur mit Hilfe der Schülerarbeit eingebracht werden. Die Schulen wurden zu diesem Zweck in ganz Nikaragua vom 1. bis 20. Dezember geschlossen, das Lernfeld auf die Kaffeeplantagen verlegt.

Während sich die Jugendlichen selbst voller Begeisterung auf die neuen Möglichkeiten stürzen, die ihnen durch dieses Erziehungskonzept eröffnet werden, kommen vor allem aus dem Lager der bürgerlichen Oppositionspartei MDN (Movimiento Democrático de Nicaragua) heftige Gegenstimmen, die vor einer angeblichen Überforderung der Jugend warnen.

Umstritten ist z.Z. auch ein zweites Projekt der FSLN, nämlich die Landschulen (Escuela de Campo). Geplant sind Schulzentren auf dem Land, in denen die Schüler neben Unterricht im Klassenzimmer eine eigene landwirtschaftliche Produktion unterhalten. Es protestieren vor allem konservative Elternvertreter und die Kirche, die eine Entfremdung von der Familie durch diese Schulform befürchten.

Einerseits entspricht dieser pädagogische Ansatz den Anforderungen fortschrittlicher Pädagogen in aller Welt nach selbstbestimmtem Lernen durch Leben, nach weniger Schule zugunsten des Ausnützens

der Lernmöglichkeiten im Alltag. Andererseits knüpft er an die nicht unbedeutenden Traditionen und Erfahrungen der Landschulheime Makarenkos und deutscher Pädagogen und - nicht zuletzt - an die Modelle sowjetischer und kubanischer Kollektivierung an.

Letztlich ist es auch offensichtlich, dass diese Erziehungsprojekte ökonomisch notwendig sind. Da der Aufbau des Landes nur unter der Beteiligung der Massen geleistet werden kann und mehr als die Hälfte der nikaraguensichen Bevölkerung jünger als 25 Jahre ist, wird es verständlich, dass die Jugend auch im Produktionsbereich eine massgebliche Rolle spielt.

Jugend erzieht Jugend

Auch die Neuorganisierung der Erziehung kann ohne die Unterstützung der Jugendlichen nicht geleistet werden: Die stark erweiterte Kapazität der Primaria (jetzt 515 000 Schüler gegenüber 286 000 im Jahr 1978) und der Secundaria (jetzt 122 000 gegenüber 52 000 Schülern im Jahr 1978) wird durch Heranziehen der Studenten und Schüler höherer Klassen zum Unterricht jüngerer Jahrgänge bewältigt.

Die jugendlichen Lehrer werden in Schnellkursen pädagogisch ausgebildet und ständig von erfahrenen Pädagogen betreut. Auf diese Weise konnte der grosse Ansturm von neuen Schülern aufgefangen werden, ohne völlig überlastete Lehrer und mangelhafte Unterrichtsqualität in Kauf nehmen zu müssen.

Die frisch gebackenen Junglehrer sind voller Begeisterung bei ihrer Aufgabe; mit ihrer Verantwortung wächst auch ihr Selbstbewusstsein und - nicht zuletzt - ihr eigenes Wissen und Können.

"Die Verbindung von Erziehung und Arbeit führt zu einer Bewusstseinsbildung, die den ersten Schritt zur Veränderung der Realität darstellt", resümiert Tunnermann diesen Grundgedanken des revolutionären Erziehungskonzeptes der Sandinisten.

Und in der Tat veränderte sich durch die "Schule der Revolution" in Nikaragua einiges: So ist z.B. das Verhältnis der Jugendlichen zu ihren Eltern und Lehrern nicht mehr dasselbe. Die Jugendlichen sind durch ihre Erfahrungen während der Alphabetisierungskampagne und durch ihre Teilnahme an der Produktion unabhängiger und selbständiger geworden und lassen sich nicht mehr so leicht bevormunden.

"Im Vergleich zu den Konflikten mit den oft konservativ eingestellten Eltern lassen sich jedoch zwischen Lehrern und Schülern leichter neue Umgangsformen finden", meint Emilio Caldero, einer der Vorsitzenden der neugegründeten Lehrerorganisation ANDEN. "Wir Lehrer waren z.B. auch voll bei der Alphabetisierungskampagne dabei, und diese gemeinsame Integration in den revolutionären Prozess ist eine sichere Basis für den gemeinsamen Aufbau einer neuen Erziehung... Ich bin mir sicher, nach dem ersten Schritt weichen wir nicht mehr zurück."

NICARAGUA

Ein kämpfendes Volk braucht Hilfe und Solidarität. Von uns.

Ein Land seit über 45 Jahren in der Willkür eines Diktators, seiner Familie und der Konzerne. Das Volk vorehendet. Tausende kämpfen jetzt um die Freiheit und ein neues Nicaragua. Wir wollen helfen. Durch Information und Geld.

Büro Nicaragua
c/o Angelika Papp
Ravensberger Straße 149
D 5600 Wuppertal 1
Konto 1014518500
Bank für Gemeinwirtschaft
Niederlassung Essen
(BLZ 360 10111)

MEXIKO

Lehrer im Hungerstreik

Seit dem 28. März ist der Hauptplatz von Cuernavaca - zwischen Regierungspalast und dem Palast von Hernán Cortez - in ein großes Zeltlager verwandelt. Zwischen den Grünanlagen sind Sonnendächer aufgespannt worden, unter denen Frauen und Männer auf Matten und Liegestühlen liegen, es gibt Büchertische und provisorische Duschkabinen, und der ganze Platz ist mit Seilen und Transparenten abgesperrt. Auf Plakaten und Transparenten steht zu lesen: "Demokratische Delegierte im Hungerstreik!", "Nieder mit den 'lideres charros'!", "Für eine demokratische Gewerkschaft", "Die Lehrerschaft im Kampf", "Keine Repression sondern Lösungen!"; aber auch: "Solidarität mit den streikenden Kollegen von NISSAN" und "Es lebe der Kampf des Volkes von El Salvador!".

Ein Vertreter der Streikfront erläutert die Situation: "Unsere Delegierten sind seit Samstag, dem 28. März um 12 Uhr im Hungerstreik und fordern die Durchführung des 15. außerordentlichen Sektionskongresses, in dem die Vertreter der 19. Sektion des Sindicato Nacional de Trabajadores de la Educación (SNTE - Nationale Gewerkschaft der Beschäftigten im Ausbildungssektor) gewählt werden sollen."

Gegen Lohn und Gewerkschaftsfilz

Der Kampf der Lehrer gegen die Austeritätspolitik des mexikanischen Staates und gegen die Korruption der Gewerkschaftsfunktionäre hat eine längere Vorgeschichte.

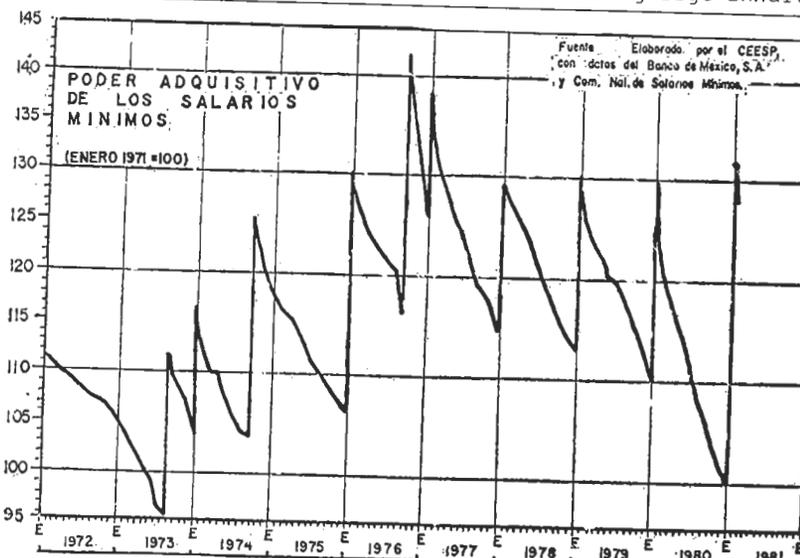
In den letzten zwei Jahren ist der SNTE, mit ca. 600 000 Mitgliedern eine der größten Gewerkschaften des Subkontinents, durch zahlreiche Streiks und interne Konflikte erschüttert worden. Seit Juni 1979 gab es durchschnittlich 30 Streiktage in Chiapas, Oaxaca, Valle de Mexico, Hidalgo und Guerrero; einen regulären Streik von 42 Tagen in Morelos; 4 nationale Demonstrationen mit jeweils etwa 100 000 Menschen. Außerdem gab es 4 Großkundgebungen in Mexiko-Stadt vor dem Erziehungsministerium und dem Gewerkschaftshaus, und zwar im Mai 1980 von 20 000 Lehrern aus Oaxaca, dann am 5. November von 18 000 Lehrern aus Chiapas und Morelos, dann vom 25. zum 27. November von 10 000 Lehrern aus dem Tal von Mexiko. Die letzte Kundgebung von 35 000 Lehrern aus Guerrero, Hidalgo und dem Tal vor Mexiko fand am 2. Februar 1981 statt.

"Unser Protest richtet sich einerseits gegen den systematischen Lohnabbau in den letzten Jahren. (Wie der beiliegenden Graphik zu entnehmen ist, befand sich Ende 1980 die Kaufkraft der mexikanischen Mindestlöhne auf dem Niveau von 1973. Quelle: Excelsior vom 16.3.81. Anm. d. Red.) Seit dem Amtsantritt des gegenwärtigen Präsidenten Lopez Portillo im Jahre 1976 hat die Inflation des Peso stets die Lohnerhöhungen übertriften. Von 1976 bis 1980 sind die Preise um 136,2 % gestiegen, die Löhne jedoch nur um etwa 50 %. Daran kann man auch erkennen, wer in diesem Lande für die Inflation verantwortlich zu machen ist. Gegenwärtig betragen die Löhne und Gehälter der Beschäftigten im Ausbildungssektor zwischen 6 000 und 8 000 Pesos im Monat (ca. 550 bis 720 DM).

"Wir haben zusammen mit Soziologen von der UNAM (der Autonomen Nationalen Universität von Mexiko) eine empirische Studie in den drei Zentren von Morelos gemacht - Cuautla, Jojutla und Cuernavaca - und wir mußten feststellen, daß ein Arbeiter bei einer durchschnittlichen Familiengröße von sechs Personen etwa 1 000 Pesos (ca. 90 DM) pro Tag benötigt, um angemessen leben zu können.

Die wirtschaftliche Situation von uns Arbeitern eröffnet uns nicht den Zugang zu einer kulturellen Bedürfnisbefriedigung, wir können kaum den Grundbedarf an Lebensmitteln und Kleidung und - ganz zu schweigen - der Wohnung befriedigen. Die Gesundheitsversorgung ist sehr schlecht, und die Vorsorge ist gerade wegen der schlechten Ernährung noch ungünstiger. Andere Formen der Bedürfnisbefriedigung kultureller und psychologischer Art sind uns unerreichbar."

Die andere Ursache des Unmuts unter den Kollegen ist die mangelnde Demokratie und die Korruption in der Gewerkschaft SNTE. Ökonomisch ist der SNTE eine der finanzstärksten Gewerkschaften, er verfügt monatlich über 90 Millionen Pesos an Beiträgen, über deren Verwendung die Gewerkschaftsspitze ohne Basiskontrolle entscheiden kann. Politisch ist der SNTE aufgrund seiner Größenordnung eine wesentliche Legitimationsgrundlage für den Dachverband Federación de Trabajadores al Servicio del Estado (FTSE - Föderation der Arbeiter im Dienste des Staates) und für die Staatspartei, den PRI. Gerade der Staat - vermittelt über den PRI - ist an einer rigiden Kontrolle der Lehrerschaft interessiert, da dem Ausbildungssektor eine wichtige systemstabilisierende Funktion zukommt. Die Gewerkschaft selbst ist hierarchisch - vertikal gegliedert, es gibt keine Verbandsautonomie. Die Gewerkschaftsführung legt Inhalt,



KAUFKRAFT DER MINDESTLÖHNE (Januar 1971 = 100)

Die Kurve stellt die verschiedenen Lohnerhöhungen und den jeweiligen Abbau der Kaufkraft durch Inflation dar. Quelle: Excelsior vom 16.3.

Zeitpunkt und Veranstaltungsort der Kongresse fest. Beschlüsse der Delegierten erlangen erst nach Bestätigung durch die Führung Gültigkeit.

"Allgemein drückt sich die mangelnde Demokratie in der Gewerkschaft darin aus, daß die SNTE-Spitze sich zum Komplizen der Austeritätspolitik des Staates gemacht hat und unsere Forderungen nicht vorantreibt.

Der jüngste Konflikt hier in Morelos brach aus, als die Gewerkschaftsführung in einer Nacht- und Nebel- Aktion einen Kongress in der Hacienda Cocoyoc (einem Ferien- und Tagungszentrum außerhalb von Cuernavaca) ansetzen wollte. Die Mehrheit der Delegierten fühlte sich übergangen, und sie weigerten sich, diesen Überraschungscoup mit ihrer Anwesenheit zu legitimieren. Wir fordern daher in diesem Hungerstreik auf dem Zocalo von Cuernavaca die fristgerechte Einberufung und Durchführung des 15. außerordentlichen Sektionskongresses, in der die Vertreter der 19. Sektion gewählt werden sollen. (Der SNTE gliedert sich in 36 Sektionen - Anm. d. Red.)

Bisher hat sich weder die Gewerkschaftsspitze, noch Vertreter des Erziehungsministeriums dazu geäußert. Zwar hat der Gouverneur von Morelos eine Sympathieerklärung abgegeben, das muß aber nicht unbedingt die Staatsmacht vor repressiven Maßnahmen abhalten."

Anfang April war noch kein Ende des Hungerstreiks absehbar. Die anstehenden Osterferien bringen eine Schwächung der Aktion mit sich.

Der gegenwärtige Hungerstreik der 75 Delegierten wird als eine von vielen Maßnahmen im nationalen Kampf um die Demokratisierung der Gewerkschaft betrachtet. Deshalb wird dieser Hungerstreik nur so lange fortgesetzt werden, wie keine ernsthafte Gefährdung der Beteiligten droht.



KOLUMBIEN

Ein neues Kapitel

Der nachfolgende, von uns leicht gekürzte Text wurde von Vertretern des CRIC zugeschickt (CRIC = Consejo Regional Indígena del Cauca/ regionaler Indianerrat in Südkolumbien; vgl. LN 81 sowie die dort angegebenen Literaturhinweise). Der Text befaßt sich mit dem neuen Gesetzentwurf der kolumbianischen Regierung vom September 1980, mit dem der Regierungspolitik gegenüber der Eingeborenenbevölkerung eine neue formale, mit wohlklingenden Worten ausgestaffierte Struktur gegeben werden soll. Leider genügt einmal mehr eine nur kurze Beleuchtung der in diesem Zusammenhang stehenden materiellen Interessen der Herrschenden, um den eher demagogischen Charakter des Gesetzentwurfes bzw. die tatsächlichen Verhältnisse wahrnehmen zu können.

Ein weiterer Integrationsversuch

Schon zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres legte die Exekutive dem Kongreß einen Gesetzentwurf vor, mit dem "die Politiker ihre Aufmerksamkeit auf die Comunidades Indígenas richten (w) dem Präsidenten der Republik Vollmachten erteilt werden, ein Fond zur Entwicklung der Eingeborenenkultur (Fondo de Desarrollo Indígena) zu gründen sowie andere Dispositionen zu treffen" (so die Einführung der dem Kongreß zugeleiteten Gesetzesvorlage). Der erste Entwurf, bekannt als "Estatuto Indígena", wurde sang- und klanglos gestrichen und erhielt ein Begräbnis dritter Klasse. Zur Ausarbeitung des damaligen Entwurfes wurden die Comunidades Indígenas nicht einmal befragt, und die Schlampigkeit in der Formulierung bezeugte die große Unkenntnis der Eingeborenenprobleme der Regierungsanwälte, die diesen Text redigierten.

Der neue Gesetzentwurf hat diese alten Fehler berücksichtigt. Die Regierung setzte alles daran, die Zustimmung der Comunidades Indígenas zu erhalten, damit diese den juristischen Rahmen respektieren, innerhalb dessen sich jedoch nur der Staatspräsident entfalten kann (man denke an die vielen Vollmachten und Dekrete, um z.B. eine "legale Verwaltung der Eingeborenen" einzusetzen). So gab es immerhin ein "Hineinhören" in die Comunidades Indígenas, und der Wortlaut der einzelnen Artikel gibt mehr oder weniger die Meinung der "Unidad Indígena" (Zeitung des CRIC, Anm. LN) bzw. einiger kritischer Stimmen aus dem, den Eingeborenen nahestehenden Personenkreis wider. Dieser neue juristische Rahmen, speziell Artikel 2, scheint also gegen Kritik des CRIC immun zu sein.

Artikel 2: Die erwähnte (Regierungs-) Politik richtet sich innerhalb des von der Verfassung markierten Rahmens nach folgenden Prinzipien:

- 10 Der kolumbianische Staat anerkennt seiner eingeborenen Bevölkerung:
 - a) das Recht auf Selbstbestimmung seiner kulturellen, politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklung und diese Entwicklung zu begünstigen und zu respektieren.
 - b) die Legitimität der im Sinne dieses Gesetzes traditionellen Autoritäten und der politischen und sozialen Organisationsformen.

- c) das Recht auf Eigentum über die traditionell besetzten Gebiete, entsprechend der Normen, der Verwendung und der Bräuche, ebenso wie über die natürlichen Vorkommen dieser Gebiete, vorbehaltlich der legitim erworbenen Rechte Dritter.
- d) die Gültigkeit der Normen, die traditionell das Gemeinschaftsleben leiten sowie der sachwaltenden Organe, gemäß der Zuständigkeit, die das Gesetz regelt.
- e) das Recht auf Erhaltung, Verteidigung, Vergrößerung und Verbreiterung des kulturellen und künstlerischen Erbes sowie auf Schutz des archäologischen Kulturgutes.
- f) das Recht seiner Mitglieder, in Friedenszeiten den Militärdienst zu verweigern.
- 20 Der kolumbianische Staat verpflichtet sich gegenüber seiner eingeborenen Bevölkerung:
- a) die zu gewährende Ausbildung, in welcher Form auch immer, bedarf deren vorherigen Zustimmung und sollte auf den Charakteristika und kulturellen Verhaltensweisen der ethnischen Gruppen basieren, und, soweit möglich, innerhalb ihres Lebensraumes.
- b) diese mit ausreichend und angemessenen Ländereien zu versorgen, soweit ein Mangel daran festgestellt wird.
- c) Ausbildung und Mittel zu beschaffen, die die Aufrechterhaltung und Entwicklung des kulturellen Erbes und den Erwerb und Gebrauch derjenigen Wissenschaften und Techniken erlauben, die für die Entwicklung notwendig sind.
- d) der Ausarbeitung und Entwicklung von Ausbildungs- und medizinischer - sowohl präventiver als auch heilender - Pflegeprogramme, die sich in die traditionellen indianischen Heilmethoden einfügen, um das Festhalten an eigenen Heilpraktiken zu hindern.
- e) die Ausübung der Religionsfreiheit und die Praktizierung traditioneller oder anderer Kulte, die frei wählbar sind, zu garantieren, gemäß dem Verfassungsgebot, wonach niemand auf Grund seiner religiösen Überzeugung benachteiligt, weder zur Ausübung von Religionen genötigt, noch zur Befolgung von seinem Gewissen entgegenstehenden Praktiken gezwungen werden darf.

Der gesellschaftliche Kontext

Betrachtet man demgegenüber jedoch einige Aspekte der Landwirtschaft Kolumbiens sowie neuerer Modalitäten der Regierung, so erhält die angedeutete Kritik eine reale Grundlage.

"Ich strebe danach, daß die Legislative mit der Exekutive die Ansicht über die Notwendigkeit einer strukturellen, organisatorischen und funktionellen Anpassung des (Agrar-) Sektors teilt, eine Anpassung an die aktuellen Anforderungen der ökonomischen und sozialen Entwicklung des Landes sowie an die sich verbessernden Aussichten des externen Marktes" (Turbay, Staatspräsident, am 22. November 1980 auf dem 5. nationalen Landwirtschaftskongreß in Bucaramanga).

Hier erklärt uns Turbay, daß jedes Gesetz, sei es noch so banal, die "Anpassung" des juristischen Bereichs an ökonomische Notwendigkeiten zum Ziel hat. Da die wirtschaftliche Struktur dynamisch ist, sich verändert, müssen eben auch im Bereich des Rechts Veränderungen entsprechend der ökonomischen Entwicklung stattfinden. Daher läßt sich eine kurze Untersuchung der bisherigen Veränderungen in der kolumbianischen Landwirtschaft nicht umgehen, um die Ziele verstehen zu können, die der neue Gesetzentwurf letztlich anstrebt.

Die sozio-politische Struktur des Landes in den letzten 20 Jahren ist durch das vitale Interesse der Regierung geprägt, den "Nationalstaat" verstärkt ins Bewußtsein zu bringen und abzusichern. Dazu

waren mehrere Maßnahmen notwendig.

Die Starrheit der Bodenbesitzstruktur (oder auch: die relative politische Stärke der Großgrundbesitzer innerhalb des Blocks der herrschenden Klassen) und die Existenz großer Territorien, die nicht in das kapitalistische System eingegliedert wurden, zwangen die Regierung, große Teile Kolumbiens als "Brachland" zu titulieren. Entweder wußte die Regierung tatsächlich nicht um die Besitzverhältnisse (gleichwohl ein Armutszeugnis), oder sie nahm der Einfachheit halber nicht zur Kenntnis, daß diese Ländereien zu großen Teilen von den Comunidades Indígenas bewohnt und bebaut wurden.

"Ich habe wiederholt auf die Dringlichkeit hingewiesen, die Produktionskapazität der Wirtschaft zu erweitern, als grundlegendes Mittel zur Kontrolle der Inflation... In dem uns beschäftigenden (Agrar-) Sektor ist das Wachstum der Produktion und der Produktivität eng gebunden an das Konzept der Ausdehnung der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen" (Turbay, d. t.).

Für Turbay ist also der grundlegende Faktor zur Kontrolle der Inflation die Ausdehnung der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche. Wie wird das nun durchgeführt? Die wichtigsten Faktoren können an dieser Stelle nur aufgelistet werden, außerdem liegt zugegebenermaßen keine vollständige Einschätzung dieser Faktoren, was ihren genauen Beitrag zur Nutzflächenausdehnung betrifft, vor.

- Der Siedler (Colono): er soll neue Ländereien "erschließen"; wobei er tatsächlich Broschen schlägt, Hindernisse beseitigt, Wald rodet und Eingeborene vertreibt - also die Nutzflächenanteile erhöht, der Nation weitere Ländereien zuführt. Nun unterliegt auch der Colono den unerbittlichen Gesetzen des Kapitalismus und muß seine erschlossenen Ländereien verlassen. Gezwungenermaßen ebnet er so den Weg für das anschließende Auftreten und die nachträgliche Konsolidierung des Großgrundbesitzes - nachträglich und in dem Maße, wie die Bourgeoisie das "landwirtschaftliche Fußzeilen" abstreifen kann und die Produktion dieser neuen Territorien deren Notwendigkeiten zugeführt und gleichzeitig die moderne, kommerzielle Landwirtschaft eingeführt wird.



- Das allmähliche Vordringen der Märkte in diese Agrarzone trägt zum Verschwinden der Subsistenzwirtschaft bei. Diese zwei Faktoren sind als die wichtigsten und bestimmbarsten hinsichtlich der Nutzflächenausdehnung zu betrachten. Am Rande erwähnt seien schließlich noch: - die Entwicklung des Handels (Holz, Kunst, Felle etc.); - die Entwicklung des Tourismus, der Fischerei und der Jagd; - die Entdeckung und Ausbeutung von Mineralien in abseits gelegenen Regionen. Doch lassen wir noch einmal Turbay zu Wort kommen, wie er sich die Nutzflächenausdehnung vorstellt: "... sie wird sich in drei prinzipiellen Formen vollziehen: 1) durch den Anschluß marginalisierter Zonen, um zusätzliche geopolitische Vorteile von großer Bedeutung zu erlangen, 2) durch die Verknüpfung der angeschlossenen Zonen mit dem Markt mittels Straßenbau und der Schaffung von (Handels-) Zentren und schließlich 3) die Steigerung der Leistungsfähigkeit mit adäquaten Technologien" (Turbay, d.t.o.). Die wirtschaftliche Entwicklung, der Kampf gegen die Inflation hängt also ab, so die Regierung, von der Ausdehnung in Richtung Brasilien (gemeint ist die Rodung des Urwaldes im SO Kolumbiens, Anm. LN), von der Einbeziehung marginalisierter Zonen in die Gesamtökonomie, von der Verknüpfung von Markt und Kommunikationswegen und von der Einführung adäquater Technologien. In den vergangenen 20 Jahren stieg der Anteil der Nutzfläche um 37%.

"... diese Betrachtungen erlangen zusätzlichen Wert, wenn wir uns auf einige Produkte beziehen, die eine lebenswichtige Bedeutung in unserer Außenhandelsbeziehung erlangt haben..." (Turbay, d.t.o.). D.h., es kann keine isolierten Produktionssysteme geben bzw. die erschlossenen Ländereien sind der Planung der Regierung zu unterstellen, und die Campesinos haben nur das zu produzieren, was den Marktanforderungen entspricht. In diesem Sinn ist die Erwähnung des Außenhandels zu verstehen.

Auf diesem Hintergrund ist auch das Konzept der "nationalen Souveränität" zu sehen, d.h.: den Anspruch der Regierung auf die neu erschlossenen Gebiete; der Straßenbau, um die Gebiete mit dem Markt zu verbinden; die Durchsetzung der Normen (Jurisdiktion) - dies alles, um das Funktionieren des Systems in dieser Region zu garantieren.

"Wir dulden keine Territorien, in denen die Gesetze nicht durchgesetzt werden können, in denen die Präsenz des Staates fehlt" (Erklärung eines Militärs vor der Invasion in El Pato). In ähnlicher Weise äußerte sich ein Oberst in Bezug auf die Eingeborenenregion "Alto Andágueda", die vom Militär besetzt und in der die Polizei eine grauenvolle Herrschaft errichtete (ca. 90 Polizisten drangen in das Reservat "Rio de Oro" ein und ermordeten fünf Bewohner).

Die Regierungspläne stimmen also mit dem Plan der "Ausdehnung und Konsolidierung der Nutzflächen" überein. Es sollte daher die Absicht der Regierung nicht weiter unterschätzt werden, diejenigen Zonen zu militarisieren, in denen bewaffnete Gruppen operieren. Die "nationale Souveränität" ist ein ökonomisch politisches Projekt, um den Nationalstaat zu festigen.

Ein anderer Aspekt bezieht sich auf das in den vergangenen Tagen über die Bühne gegangene Amnestieprojekt. Grob gesprochen läßt sich folgendes feststellen: a) Judikative und Legislative wurden zugunsten der Exekutive geschwächt; b) auf diese Weise konzentriert sich natürlich die Macht in der Hand der Exekutive, die damit die politische administrative Umsetzung staatlicher Tätigkeit kontrolliert; c) diese Konzentration wird legalisiert mittels Ausnahmezustand und wirtschaftlichem Krisenmanagement. Im Hinblick auf den Ausnahmezustand erfolgte zusätzlich eine Erweiterung der Machtstellung des Militärs innerhalb der Exekutive. Diese Machtstellung beruht andererseits auf folgenden Ursachen: - Verschärfung der Volkskämpfe; - Anwachsen der Oppositionsbewegungen; - spezielle Meinungsströme, die den herrschenden Klassen die Fähigkeit absprechen, ein Wirtschaftskonzept zu erarbeiten, das

sie als herrschende Klasse rechtfertigen könnte. Anders ausgedrückt: die wirtschaftspolitischen Vorstellungen sind - auch und gerade hinsichtlich der Logik des Kapitals - nicht unbedingt als die ausgereiftesten zu bezeichnen.

In diesem Zusammenhang ist das in die Turbay'sche Administration eingeführte Sicherheitsstatut (vgl. LN 74,77) zu sehen, wobei die Militärs federführend waren und die kolumbianische Version der für Lateinamerika ausgearbeiteten "Doktrin der nationalen Sicherheit" darstellt.

Auf diesem gesamten Hintergrund ist nun zu fragen: Was haben die Eingeborenen von diesem Gesetzentwurf zu erwarten?

Nachdem Zusammenhänge angedeutet wurden, einige zusätzliche Fragestellungen, die aufzeigen, daß nichts zu erwarten ist.

Es ist bekannt, daß die Absicht, das landwirtschaftliche Fußzeilen abzustreifen und die Integration nichtkapitalistischer Produktionssysteme weitgehend gescheitert ist. So toleriert der Staat den Landraub in denjenigen Sektoren, die gemäß der kapitalistischen Logik unproduktiv sind, d.h. die Sektoren der Campesinos und insbesondere die der Eingeborenen. Es ist bekannt, daß die Gewalt und der systematische Landraub die fast einzigen Konstanten der letzten Jahre gewesen sind.

Die Gewißheit, nichts erwarten zu können

Ist die Behauptung also zu weit hergeholt, daß die Regierung mit besagtem Artikel 2 den sozio-ökonomischen Plan (Ausdehnung der Nutzfläche, Festigung des Nationalstaates) und den politischen Plan (Vergrößerung der exekutiven Macht und innerhalb dieser das Anwachsen militärischer Macht) vollendet - also etwas anderes im Sinn hat, als sie zu tun vorgibt?

Zweifellos ist ein sich immer autoritärer gebender, zentralisierter und militarisierter Staat mit "Selbstbestimmung" oder "Legitimität der traditionellen Autoritäten" oder "Eigentumsrechten", wie sie in Artikel 2 aufgeführt sind, nicht vereinbar, und die Repression und Verletzung dieser Rechte geht weiter. Außerdem ist der Staat einfach nicht fähig, die in Artikel 2 Nr. 20 fixierten Verpflichtungen einzulösen. "Die Zuweisung von ausreichenden und angemessenen Ländereien ist Makulatur, wenn man weiß, daß genau diese Ländereien sich in den Händen der Großgrundbesitzer oder der großen Coca- und Marihuana-Anbauer befinden; die Macht gerade dieses Sektors der herrschenden Klassen sich rasch vergrößert und dieser Sektor nicht mit der Anwendung von Gewalt und Einschüchterung geizt, um sich der notwendigen Ländereien zu bemächtigen.

Was ist vom Anspruch der Regierung zu halten, "die Ausübung der Religion und die Praktizierung der traditionellen oder anderen Kulturen, die frei wählbar sind" zu garantieren, wenn man weiß, daß es so gut wie keine Anstrengungen gab, den irrwitzigen Vertrag mit dem "Linguistischen Sommerinstitut" zu annullieren, die Urwaldbewohner weiter in den Händen der Kepuziner und anderer Missionare sind, die ihre brutale Politik der Evangelisierung fortsetzen? Wenn derselbe Staat mittels seiner Funktionäre die Eingeborenenkultur verspottet und mißachtet?

Der Staat diktiert die Normen und nicht die Comunidades Indígenas. Wo bleibt die Selbstbestimmung? Diese Normen betreffen fundamentale Fragen der Comunidades Indígenas: - die Größe, Zuweisung und Angemessenheit des Landes; - den Besitz und Gebrauch der natürlichen Vorkommen; - die Wertschätzung der Institutionen (Heirat, Verwandtschaft, die Altersstufe zur Ausübung von Rechten und Pflichten); - die Regelung der Bedingungen und Formalitäten, die Vereinigungen und Personen erfüllen müssen, die kulturelle, wissenschaftliche, religiöse, touristische Aktivitäten u.ä.m. entwickeln (so auch

der Wortlaut von Artikel 4, mit dem wichtigen Zusatz, daß der Präsident entsprechende Vollmachten zur Regulierung besitzt). Die Ureinwohner Kolumbiens sind, gemäß der Regierung, nicht in der Lage zu entscheiden, welche Institutionen und Arbeiten ihnen zuzugewandt und welche nicht; ganz im Gegensatz diesmal auch zu Beschlüssen der 1. Nationalen Eingeborenenkonferenz 1980, vom immanenten Widerspruch zur Idee der Selbstbestimmung in Artikel 2 ganz zu schweigen. Der Chauvinismus und Rassismus der kolumbianischen Regierung besteht auch im neuen Entwurf fort, das Ende bestünde in der Integration. Es liegt an uns - und dies ist ein kleiner Beitrag - dies zu verhindern.

CRIC



FILM

EL SALVADOR - DAS VOLK WIRD SIEGEN

ein Film über den revolutionären Kampf in El Salvador, aus der Sicht des salvadorianischen Volkes

ein Film, 1980 vom Instituto Cinematografico de El Salvador unter der Regie von Diego de la Texera gedreht, inmitten des Krieges,

ein Film, der beim 2. lateinamerikanischen Filmfestival in Havanna, Kuba den ersten Preis der Dokumentarfilme erhielt und von der Jury der Fipresci in Lille, Frankreich ausgezeichnet wurde...

.... und bei den Berliner Filmfestspielen 1981 wieder aus dem Wettbewerbsprogramm gestrichen wurde, weil er angeblich "zu schlecht war" und "politische Propaganda zeigt"

...alles ein Grund, diesen Film anzusehen.

Auszuleihen bei: CON FILMVERLEIH
Osterstr. 36
Postfach 106545
28 Bremen

EL SALVADOR - DAS VOLK WIRD SIEGEN

Das Indianerreservat von Puracé

Das 4. Russel-Tribunal in Rotterdam hat sich im November 1980 mit dem Indioreservat von Puracé (Jauca) beschäftigt. Dieses Reservat wurde im Laufe der letzten hundert Jahre auf ein Drittel seines Territoriums reduziert, und dies, obwohl die Bevölkerung laufend zugenommen hat. Im Jahre 1890 wurde per Gesetz festgelegt, daß kein Indio Land aus einem Reservat verkaufen oder veräußern kann. Trotzdem gelang es den benachbarten Großgrundbesitzern, die besten Ländereien an sich zu bringen. Die Indios - inzwischen auf mehr als 3.200 Personen angewachsen - mußten sich mit den unfruchtbaren Bergregionen abfinden.

Im Jahre 1945 vergab die kolumbianische Regierung dem Unternehmen "Industrias Puracé" eine Konzession zur Ausbeutung von Schwefel auf einer Fläche von 600 ha. Die Indios haben die ihnen vertraglich zugesicherten Anteile an der Ausbeutung und die Entschädigung für die damit verbundene Umweltschmutzung niemals erhalten. Im Laufe der Zeit sind mehr als 1.000 ha. unfruchtbar geworden.

Später wurde eine Fläche von 3.500 ha. von der Regierung zum Nationalpark erklärt, ohne daß die Indios der Gemeinde Puracé beteiligt wurden. Seither tummeln sich Touristen in diesem Gebiet, während den Indios selbst das Fischen und Jagen darin versagt ist.

Im Jahre 1980 sind die Indios zum ersten Mal an die staatlichen Instanzen herangetreten, um eine Rückgabe zumindest des landwirtschaftlich nutzbaren Teils des Reservats zu erreichen. Nachdem man sie mit vagen Versprechungen hingehalten hatte, schritten mehrere Familien der Gemeinde zur Tat und bearbeiteten die ihnen zugesagten Ländereien. Daraufhin verhaftete die Polizei 14 Indios unter der Beschuldigung des Diebstahls, versuchten Mordes usw. Einer der Verhafteten, Anatolio Quirá, gab im Gefängnis das folgende Interview.

Interview mit Anatolio Quirá, dem früheren Gouverneur des Reservats Puracé im Gefängnis von Popayán am 31. 1. 1981

F r a g e: Wie lange seid Ihr hier im Gefängnis und aus welchem Grunde?

Anatolio : Wir wurden hier vor 17 Tagen eingeliefert, man hat uns wegen der Wiedergewinnung unseres Landes inhaftiert.

Wir haben unsere Ländereien zum ersten Mal wieder erlangt, seit die Großgrundbesitzer sie uns weggenommen haben, d. h. unseren Großeltern und Vorfahren, die sie noch bearbeitet hatten. Was wir verlangen, ist nur gerecht, es ist die Rechtsposition, die uns unsere Vorfahren hinterlassen haben. Die Aneignung durch die Großgrundbesitzer ging auf ganz ungerechte Weise vor sich: die Agrarbourgeoisie hat den Eingeborenen nur das Land in den Kordillern gelassen, das nichts erbringt, Felsen und Steilhänge, die zu nichts nütze sind. Angesichts dessen haben wir uns zusammengetan, um die Ländereien wiederzugewinnen, die uns gehören.

- F: Wie lange müßt Ihr voraussichtlich auf das Urteil warten?
- A: Ich glaube, wir werden hier ziemlich schnell herauskommen. Zunächst sind unsere Erklärungen und unser Verhalten einwandfrei. Das muß der Richter zu einer schnellen Abwicklung veranlassen. Was die Beschuldigungen betrifft, so lauten alle Aussagen zu unseren Gunsten. Unser Anwalt muß noch einige Probleme klären, dann kommen wir heraus und machen auf unserer Linie weiter.
- F: Bei welchem Richter liegt der Prozeß?
- A: Beim zweiten Untersuchungsrichter von Popayán.
- F: Hat er die Untersuchung schon eingeleitet?
- A: Ja, die Untersuchung hat schon stattgefunden, es fehlt nur noch die Befragung der Zeugen und einige Gegenüberstellungen, aber die Compañeros wissen Bescheid und werden reagieren, damit wir schnell herauskommen. Wir rechnen mit höchstens drei und mindestens einem Monat.
- F: Wie ist das Essen hier im Gefängnis? Reicht es aus?
- A: Man kann wirklich nicht sagen, die Verpflegung sei gut: man gibt uns eine mazamorra (Maissuppe), die ist fast roh. Einige Compañeros haben Durchfall bekommen und sind krank geworden. Wenn die mazamorra ausgeht, geben sie einen Schuß Wasser hinein. Dies können unsere Mägen bald nicht mehr aushalten.
- F: Bekommen die Kranken Medikamente?
- A: Gestern klagten zwei Compañeros über heftige Bauchschmerzen, aber der Arzt ist nicht gekommen, wir haben ihn hier kaum gesehen. Wenn er einmal kommt und etwas verschreibt, gibt es keine Medikamente, man muß sie in Popayán kaufen. Ein anderes Problem ist das Wasser: Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag gab es kein Wasser. Die Fäkalien türmten sich meterhoch, das war sehr schlimm. Man konnte nicht mehr hingehen, weil es so dreckig war.
- F: Hat man eine Erklärung dafür gegeben?
- A: Nein, es gab keine Erklärung.
- F: Kann man nicht dagegen protestieren?
- A: Das müßte von draußen passieren. Es muß draußen bekannt werden, in welchem Zustand wir uns befinden, wie dieses Gefängnis von innen aussieht. Bis Sonntag gab es kein Wasser, weder zum Waschen noch zur Geschirrspülen, man mußte aus dreckigen Tassen trinken. Schließlich haben die Wärter uns Wasser verkauft, das sie aus der Stadt mitgebracht haben, und wißt ihr, wieviel sie dafür genommen haben: 30 Pesos für die Gallone.
- F: Man verkauft Euch Sachen, auf die Ihr ein Anrecht habt.
- A: Ja, man verkauft uns die Rechte, die uns zustehen. Das müßt Du draußen berichten, Compañero.

- Seit dem 9. August (1980) haben sich mehr als 200 Eingeborene aufgemacht und die Finca besetzt, die der Tradition nach ihnen gehört. Seit mehr als fünf Monaten gehört sie uns, haben wir sie bestellt. Wir haben Mais und Bohnen gepflanzt, Zäune erneuert, Vieh hereingelassen und auch einige Häuser gebaut. Unsere Leute sind sehr umsichtig vorgegangen und haben eine Erhebung innerhalb der Gemeinde von Puracé angestellt, um herauszufinden, welche Familien unbedingt Land benötigten. Es ergab sich, daß 393 Familien Ländereien von insges. 8.446 ha. nötig hatten. Darüber wurden in der ersten Jahreshälfte 1980 der Präsident der Republik, der Innenminister, der Landwirtschaftsminister der Agrarreformbehörde Incora und die Stelle für Eingeborenenangelegenheiten, alle mit Büros in Popayán, informiert. Die Regierung schickte ein Schreiben, daß sich die Angelegenheit in den Händen des Innenministers befinde; der Innenminister ließ uns mitteilen, daß sich die Angelegenheit in den Händen des Landwirtschaftsministers befinde. Der Landwirtschaftsminister machte uns die Mitteilung, daß eine Erweiterung des Reservats beschlossen sei, aus Gründen der angespannten Haushaltslage aber verschoben werden müsse. Die Erweiterung war also beschlossen, aber aus haushaltstechnischen Gründen nicht ausführbar. In dieser Situation sah sich die Gemeinde gezwungen, die Landgebiete zurückzugewinnen, die ihr von Rechts wegen gehörten. Anders war es nicht möglich, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Eingeborenen zu lösen. Ins Gefängnis wurden wir mit Hilfe einer List gebracht: am 12. Januar lud uns der Kommissar der Polizeistation Puracé vor, damit wir eine Erklärung in dieser Angelegenheit abgeben sollten. Der Richter erschien, wartete bis alle 14 Geladenen anwesend waren, und ließ uns, ohne daß wir eine Erklärung abgegeben hatten, auf einen Polizeiwagen laden und zum Gefängnis nach Popayán bringen.
- F: Welche Anschuldigung wird gegen Euch erhoben?
- A: Sie werfen uns ganz schmutzige Dinge vor, die wir gar nicht begangen haben, sie sprechen von versuchten Mord, Diebstahl und anderen Sachen, die sie uns üblicherweise anhängen.
- F: Gegen wen richten sich diese Anschuldigungen?
- A: Gegen alle, die hier gefangengehalten werden.
- F: An wem sollen der Diebstahl und der versuchte Mord begangen worden sein?
- A: An den Großgrundbesitzern, den Ruiz-Orozco, die die Beschuldigung gegen uns erhoben haben. Aber wir werden hier einen Bericht anfertigen, in dem alle diese Lügen entlarvt werden, und der soll auch durchs Radio kommen. In Wirklichkeit geht es um das Land, und sie haben uns ins Gefängnis gesteckt, weil sie sehen, daß wir mit der Forderung nach Land ernst machen und das Land durch die Bestellung wertvoll geworden ist. Auf diese Weise wollen sie zeigen, wie man mit diesen Indios fertig werden kann, indem man die Sache herumdreht und sie mit erfundenen Anschuldigungen einsperren läßt.
- F: Wie lange hatten Euch die Ländereien gehört und wann haben die Großgrundbesitzer sie sich angeeignet?
- A: Es ist mindestens 150 Jahre her, daß die Eingeborenen noch ihre Ländereien bestellt haben, dann haben die Großgrundbesitzer sie sich mit List und Tücke angeeignet, weil der

Indio ja ein Dummkopf ist. Sie brachten ihm ein Kleidungsstück oder eine Machete und sagten, lies tauschen wir für ein Stück Land. So sind 10 Familien weggezogen, ganz von selbst, und die geblieben sind, haben für die Grundbesitzer gearbeitet, ihnen das Vieh besorgt, die Milch gemolken und sie an der Straße verkauft. Aber sie leisteten für die Pacht ihres Anwesens 150 Tage Arbeit, das war eine enorme Ausbeutung, wenn sie also ein Stück Land pachteten, um ihre Familie zu unterhalten, mußten sie ein halbes Jahr dafür arbeiten.

Das ist die Situation, unter der wir noch heute leiden. Wegen der Bevölkerungsexplosion bei den Indios hat sich außerdem der Hunger sehr stark ausgebreitet, und wir brauchen viel mehr Land, um es zu bearbeiten.

F: Wann ist Euer Reservat eingerichtet worden?

A: Die Reservate (resguardos) bestehen schon lange Zeit, eigentlich schon seit 1536, als Leute aus fremden Ländern hier eingedrungen sind und eine Eingeborenengesetzgebung machten, als man den Eingeborenen das Land zuteilte, das man ihnen vorher weggenommen hatte.

F: Haben sie die Eingeborenengesetzgebung respektiert?

A: Nein, sie haben sie erlassen, um sie von uns respektieren zu lassen, aber sie haben sie nicht selbst respektiert. Erst im Jahre 1890 wurde ein Gesetz erlassen, das eine Verwaltung im Reservat einrichtete, mit Gouverneur, Bürgermeister, Richter, Hauptmann, aber unter der Kontrolle der Regierung, der der Bezirksbürgermeister untersteht. Aber diese Selbstverwaltung ist nie wirksam geworden, weil die Grundbesitzer viele Schliche kennen, um die Indios in ihrem miserablen Zustand zu belassen. Sie stellen dem Indio Fallen, damit er stolpert und nicht vorwärts kommt. Aber jetzt ist der Indio wacher und bewußter geworden: wenn es nicht gelingt, im Guten zu verhandeln, macht er es eben im Bösen, denn er möchte nicht seine Kinder vor Hunger sterben sehen. Der Eingeborene hat jetzt seine Rechte aus dem Gesetz von 1890 erkannt und weiß, was er nach diesem Gesetz zu tun hat.

F: Hat dieses Gesetz positive Aspekte?

A: Ja, hat es, ich glaube, daß dies der Ausgangspunkt ist.

F: Wie ist Euer Gemeinde organisiert, ist sie unabhängig in ihrer Struktur?

A: Was die Situation der Cabildos (Dorfräte) anbetrifft, so sind diese unabhängig und nicht an bestimmte politische Instanzen gebunden. Sie organisieren Diskussionen, Vorträge, wo über die Gesetze berichtet wird, und Versammlungen von zwei, drei, vier Bezirken usw. All dies geschieht unabhängig von irgend einer äußeren Instanz. Kein Außenstehender oder Politiker ist daran beteiligt, sondern es sind die Indios selbst, die sich organisieren. Heute ist vieles verloren gegangen, was unsere Traditionen, unsere Sitten und unsere Sprache betrifft. Die Guambianer in Silvia und die Einwohner anderer Reservate haben ihre Traditionen bewahrt; sie sprechen noch dieselbe Sprache und pflegen ihre Bräuche. Aber im Gebiet von Loraó hat sich vieles verändert, wir haben nur einen geringen Teil unserer Tradition bewahrt, das meiste ist uns verlorengegangen.

Auf jeden Fall fahren wir fort zu kämpfen, unser Land zurückzufordern, aber wir haben das Problem mit der Regierung nicht lösen können.

Wir haben mit dem Gouverneur vom Cauca gesprochen, aber man hat uns wiederum betrogen. Als Gilberto Cruz Villegas Gouverneur war, haben wir ihm mehrere Eingaben überreicht, und er gab uns zu verstehen, daß eine Summe von 175 Mio. Pesos bereitstehe, um das Land von den Grundbesitzern zurückzukaufen, das gleiche Land, das diese uns mit Hilfe der staatlichen Gewalt abgenommen hatten. Den Grundbesitzern sagte er, ruhig Blut, es gibt ein Sümmchen, ihr braucht nur zu verhandeln, laßt die Indios in Ruhe, wir werden es Euch bezahlen. Deshalb ließen sie uns das Land einen Monat lang in Ruhe bearbeiten, denn sie hofften auf die finanzielle Entschädigung. Aber dann kam der Wechsel im Amt des Gouverneurs: es wurde Humberto Velazquez Gutierrez ernannt; der verkündete uns über Presse und Radio, es stehe kein Geld zur Verfügung, und in dem Fonds sei kein einziger Centavo...

F: Wann war das, d. h. wann fand der Gouverneurswechsel statt?

A: Das war im September oder Oktober vergangenen Jahres.

F: Dadurch hat sich die Situation also erheblich verschlechtert?

A: Wir haben uns zunächst beim Gouverneur erkundigt, wo die 175 Mio. Pesos geblieben seien. Er sagte uns, im Departement Cauca gäbe es keinen Fonds für derartige Dinge. Ein solcher müsse erst vom Senat oder Abgeordnetenhaus in Bogotá bewilligt werden, indem man andere Haushaltsposten kürze. Außerdem sei die Landnahme oder -rückgewinnung im Cauca schon zu weit außerhalb des gesetzlichen Rahmens vorangetrieben worden. Seit 1974 habe es 35 Landnahmen gegeben. Dies war die Auskunft des Gouverneurs.

F: Wie sind die Bedingungen hier im Gefängnis, wie lebt ihr, habt Ihr Besuch von Familien, Freunden?

A: Ja, unsere Familienangehörigen und Freunde besuchen uns. Wir sind inhaftiert, aber unsere Freunde hören nicht auf zu arbeiten und machen weitere Fortschritte.

F: Wieviele Leute leben in Eurer Gemeinde?

A: In der Gemeinde sind wir mehr als 3.200. Nach einer Umfrage, die letztes Jahr gemacht wurde, haben wir viel zu wenig Land für so viele Leute.

F: Wie sieht die wirtschaftliche Lage der Familien aus, helfen sie sich gegenseitig?

A: Ja, sie helfen sich, es besteht eine großartige Solidarität unter den Compañeros. Unter uns sind z. B. acht Verheiratete, vier oder fünf sind Junggesellen und einer Witwer. Auf jeden Fall helfen die Compañeros den Frauen, die allein sind, bei der Arbeit und mit Geld. Sie müssen auf alle Fälle nicht leiden, weil ihnen die Freunde immer helfen, wenn es an irgend etwas fehlt. Wir können hier ganz beruhigt sein, weil die Compañeros dort solidarisch handeln. Die Frauen brauchen nicht zu denken, was soll ich heute kochen, was sollen meine Kinder essen. Andererseits haben uns die Compañeros besucht und uns gute Nachrichten über die Fortschritte in der Arbeit überbracht. Das hebt unsere Moral und hält uns aufrecht, auch wenn wir eingesperrt sind.

EL SALVADOR

Wer ist glaubwürdig?

Zeige mir Deine Papiere und ich sage Dir, woher Du Deine Informationen hast.

Dieser Satz kam mir immer wieder in den Sinn, als ich das El Salvador Papier Heiner Geisslers las.

Es erstaunt nicht, dass die Fakten über das mittelamerikanische Land in einem Rechts-Mitte-Links Schemata betrachtet und politisch eingeordnet werden. Ebensovienig ist es eine Neuigkeit, daß sich H. Geissler bedingungslos hinter Napoleon Duarte stellt. Genossen der salvadoreanischen Christdemokratie, die sich gegen die Politik ihrer Partei gestellt haben, wie Rubén Zamora, wird Verleumdung und Fehlinformation über die Situation der salvadoreanischen christdemokratischen Partei vorgeworfen.

In seinem Papier greift H. Geissler die deutsche Sozialdemokratie und ihre Institutionen - Friedrich - Ebert - Stiftung, Sozialistische Internationale - an, er 'beweist' den Sozialdemokraten nicht nur ihre Dummheit - "überhaupt scheinen die Sozialdemokraten für die marxistisch - leninistischen Kampfkader nur " tontos útiles (nützliche Idioten) zu sein ... " - sondern auch ihre Schuld an der Zuspitzung der Lage in El Salvador.

" Brandt schüttet mit seinen unglaublichen Erklärungen Öl ins Feuer. Er versucht, den bewaffneten marxistischen Sektoren Mut zu machen. Damit verschafft er zugleich dem rechten Terror in El Salvador zusätzliche Alibis. Man muss leider feststellen, daß auf diese Weise die Eskalierung der Gewalt und die Radikalisierung des Konfliktes nur gefördert wird. " (S. 20)

Die Sicht des Politikers

Zur Einschätzung der politischen Situation eines Landes, in das man sich begibt, treffen Politiker immer auf Politiker. Mit den Regierenden fahren sie - mit Polizeischutz - durch das Land. Sie sprechen mit denjenigen, die machtpolitische oder wirtschaftliche Interessen haben. Das Bild eines Politikers über ein Land ist somit gefertigt von den jeweilig Regierenden. Gleichzeitig gehört Herr Geissler zu denen, die sich zu Kämpfern gegen den " internationalen Terrorismus " (sprich Kommunismus) machen und dabei Meinungsfreiheit und objektive und ausgewogene Berichterstattung fordern.

" Eine wesentliche Hilfe können die westlichen Länder El Salvador dadurch zuteil werden lassen, daß sie über die Situation in diesem Land objektiv und umfassend informieren. " (S. 30)

Wie in der Fussnote zu diesem Satz im Papier zu erfahren ist, ist dies die Forderung von 11 deutschen Lehrern in El Salvador. Heiner Geissler begründet dies alles noch, er meint, dass die Berichterstattung über El Salvador die terroristische Sprache von links unkritisch übernimmt und die salvadoreanische Regierungsjunta verleumdet, indem publiziert werde, daß " die Revolutionsregierung von El Salvador "Völkermord" verübe und eine Politik der "verbrannten Erde" durchführe,"

Dieses ist für Heiner Geissler die Ursache dafür, daß es " für die Weltöffentlichkeit vollkommen selbstverständlich und ausgemacht ist, dass die Revolutionsregierung der Christlichen Demokraten und der Militärs nur ein Vorwand sei, hinter dem sich ein organisierter Terror von rechts verberge. " (S. 30)

Die Sowjetunion hat im mittelamerikanischen Raum das Bestreben Stützpunkte einzurichten, während die USA Interesse daranhaben daß in dieser " Weltregion demokratische, friedliebende Staaten entstehen bzw. erhalten werden, in deren Gesellschaften ein Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit verwirklicht ist " (S. 31). Letzteres mü ß e - so Geissler - ebenso ein Interesse der westeuropäischen Staaten sein.

Es ist unglaublich, es spottet jeder Statistik und ist eine Beleidigung des salvadoreanischen Volkes. Ihre Erfahrung sieht anders aus, sie kennen keine Gesellschaften mit sozialer Gerechtigkeit. Geopolitisch ist diese Region für die Nordamerikaner wichtig, einmal wegen des Erdöls (Mexico, Guatemala, Costa Rica) und zum anderen wegen seiner geografischen Lage. Nicht ohne Grund werde die Wirtschaftshilfe für El Salvador von den USA aus, immer wieder erhöht, ebenso ihre Zahl an Militärberater und ihren Export an Waffen und Hubschraubern etc.. Nicht ohne Grund werden die Kredite Nicaragua gestrichen und großzügige Aufrüstungsprogramme in Honduras finanziert. Ebenso kommt es nicht von ungefähr, dass sich die US-Marine im Naturhafen Costa Ricas, in Bahía de los Visperos vor Anker gelegt hat.

Eine andere Sicht:

Der Reisende, der nach El Salvador ohne diplomatischen Pass reist bekommt ein anderes Bild dieses Land zu sehen. Vielleicht, weil er mit dem Bauern auf dem Land, mit dem Arbeiter auf der Strasse spricht. Selbst ein Blick in die Zeitungen offenbart eine Realität des Mordens. Täglich veröffentlichten Familienangehörige Fotos von ihren Verschwundenen. Diese sind keine von den Guerilleros Entführten, denn es sind Bauern, Arbeiter, Hausfrauen, Schüler und Studenten. Fragt man die Familienangehörigen oder Freunde der Verschwundenen, so hört man sehr oft, dass Personen in zivil und in Uniform diese Menschen entführten.

Verantwortlich hierfür ist die Regierungsjunta, ebenso wie für die Schliessung der einzigen Oppositionszeitung " El Independiente " Anfang dieses Jahres und auch für das Attentat im September 80 auf den katholischen Radiosender YSAX, dessen Verbrechen es war, " Die Stimme des Volkes " zu senden.

Finden sogenannte Reinigungsoperationen in El Salvador statt, so ist es nicht unüblich, dass man Journalisten die Einreise in diese Region verweigert.

Vielleicht hätte Heiner Geissler in Gesprächen mit den Flüchtlingen in den Lagern im Land, eine andere Sichtweise erfahren können, aber für ihn sind diese ja - ebenso wie für die Junta - subversive terroristische Stimmen. Die Massaker werden oft von der Regierungseite abgestritten, oder sie erhalten das Adjektiv " angeblich ". Dadurch wird dem Betroffenen - z.B. ein Überlebender eines Massakers - eine objektive und ausgewogene Berichterstattung nicht zu gestanden.

Das Massaker vom Súmpul

Am 14. Mai 1980 wurden in der Ortschaft La Arada ca. 600 wehrlose Frauen, Männer und Kinder ermordet. La Arada liegt am Grenzfluss Súmpul (Grenze zwischen El Salvador und Honduras). An diesem

Massenmord beteiligten sich sowohl das salvadoreanische, als auch das honduranische Heer. Die offiziellen Mitteilungen der Regierungen beider Länder lauteten immer "Dies ist alles gelogen, es ist eine absolute Lüge." (Dr. Morales Ehrlich, Pressekonferenz am 24. Juli 80 in San Salvador).

Wir fuhren in diese Region im Juni und sprachen dort mit den Überlebenden des Massakers.

Was wir erfahren waren grauenhaft.

" Alles war schon vorbereitet für das Gemetzel. Wie sonst erklärt man sich, daß die Hondureaner schon am Vortage zu diesem Ort kamen. Steinwälle hatten sie am Fluß erbaut...

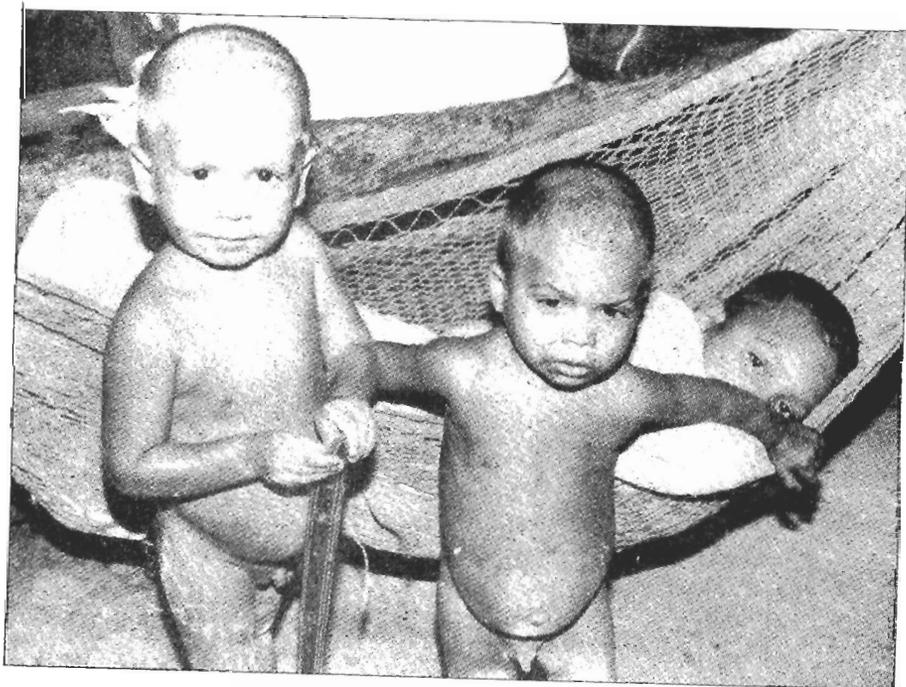
Und die Menschen, die durch den Fluß fliehen wollten, wurden von den honduranischen Soldaten gefesselt und zurückgeschickt.

Und ich sage Ihnen, als die Schießerei begann, warteten die Honduraner schon auf die Leute ... Dies ist, was ich gesehen habe, und ich sagen muß. Und jetzt können sie mich töten, wenn sie wollen, für das, was ich gesagt habe, aber ich muß es sagen, denn es ist wahr. " (salvadoreanischer Bauer am Fluß Sumpul)

Der Bericht einer Überlebenden :

Eine Bäuerin, die das Massaker schwer verwundet überlebte, erzählte uns :

" ... Ich war lange mit den Kindern am Fluß ... oben in La Arada gibt es einen Berg von Toten. Mich und fast alle aus meiner Familie haben sie beschossen. Mit töteten sie drei Kinder, einen 12-jährigen, ein Mädchen von 14 und den fünfjährigen. Im Laufen sagte mir der Junge, dass wir den Toten helfen müssen, den Kindern ohne Kopf, denen, deren Köpfe abgeschlagen waren...."



Um diese Menschen kümmerte sich niemand zunächst, weder die UNO noch fühlten sich einer der beiden Regierungen für sie verantwortlich. Die Salvadoreaner hatten keinerlei Rechte, ihre Aussagen wurden als unwahr bezeichnet und viele, die Journalisten oder Priester über dieses grausame Massaker berichteten, wurden bedroht oder verschleppt oder umgebracht.

Die honduranischen Bauern dieser Region nahmen die Überlebenden in ihre Hütten auf und teilten mit ihnen das Wenige, was sie selbst nur haben.

Ein Überlebender sagte uns weinend : " Ich möchte der ganzen Welt etwas sagen, nämlich daß wir darauf warten, dass man das salvadoreanische Heer zügelt, damit wir wieder nach Salvador zurück können, weil wir hier an Hunger und Krankheiten sterben. "

Interview mit Bruder B.

Drei Wochen nach dem Massaker ging Bruder B. in diese Region. Er wollte den Menschen einfach seine Nähe bieten. Im November verließ er wieder diese Region und er berichtete :

Frage : Warum gingst Du zum Sumpul? Was motivierte Dich, dorthin zu den Flüchtlingen zugehen ?

Bruder B.: Ich bin keiner politischen Partei zugehörig, doch hindert dies nichts daran, daß ich politisches tue ...d.h. es waren keine parteipolitischen Gründe, dorthin zugehen ... als ich erfuhr, dass an der Grenze so viele Menschen unter so miserablen Bedingungen - unter denen der Mensch schon kein Mensch mehr ist - lebten, denn sie hatten die ganze Welt erlitten ...

... ein Mensch kann nur sehr wenig tun, aber er kann immer etwas tun. Ich ging dorthin, aus einer Bestimmung heraus, um den Menschen das zu geben, was ich von mir selbst vermochte.

Frage : Bruder ... Wie lange hast Du Dich am Tatort aufgehalten ?

B. : Vier Monate ungefähr. Drei Wochen nach dem Massaker kam ich dort an und blieb bis Anfang November.

Frage : Was beeindruckte Dich am stärksten bei den Leuten dort, bei den Honduranern, bei den salvadoreanischen Flüchtlingen ?

B. : Was mich dort unter anderem sehr beeindruckte als ich dort ankam, war folgendes : ich dachte zunächst, daß dort nur Flüchtlinge seien, die alles verloren hatten, Hals über Kopf geflohen seien und nun als die Ärmsten unter den Armen lebten. Nun musste ich aber feststellen, daß auch die honduranische Grenzbevölkerung jenseits aller Grenzen des Elends lebte, dass, der sogar das Lebensnotwendigste fehlt.

Frage : Wer hat Dich dort aufgenommen? Wohntest Du bei den Honduranern oder bei den Flüchtlingen? Wie war das ?

B. : Ich traf zunächst Leute, die mir behilflich waren, um bis zur Grenze zu gelangen. Dort kam ich dann mit Flüchtlingsfamilien zusammen, die ihrerseits bei honduranischen Familien Unterkunft gefunden hatten. Da durfte ich wohnen und mit ihnen das Essen teilen.

- F. : Erhalten die Flüchtlinge eine Hilfe für die Ernährung?
- B. : Zum größten Teil wurde von Caritas Hilfe aufgebracht, und zwar mit viel Liebe und Großzügigkeit. Dennoch war auch damit nicht genug getan, da die Lage ständig kritischer wurde. Die Leute hatten es ja nicht nur mit dem Hunger zu tun; sie verbrachten ihre Existenz buchstäblich in der Angst, ständig unter Druck, weil die Zeitungen seit längerem schon berichteten, daß die Flüchtlinge wie auch die honduranischen Dorfgemeinden von den honduranischen Streitkräften bedroht werden. Das hatte zumindest psychisch seine Auswirkung. Die Streitkräfte warnten jedenfalls die Fuhrwerkfahrer vom nahe- liegenden Dorf, wo sich das Caritas - Lager befand, ja gar keine Lebensmittel abzuholen.
- F. : Kamen Persönlichkeiten von auswärts zur Besichtigung?
- B. : Es kam zu einem ersten Besuch von Mitgliedern der Vereinten Nationen; das war Ende Juli. Sie sind aber nicht bis zu uns herunter gekommen, wo sich die Flüchtlinge befanden, sondern im Dorf geblieben, wo kaum Flüchtlinge zu treffen waren. Das war eben ein Trick der Offiziere, die die UNO - Vertreter begleiteten. Unglaublich, wie eine solche Organisation so naiv sein kann! Man müßte fast zur Einsicht kommen, dass sie sich absichtlich verleiten lassen. ... Wenn sich Pressevertreter meldeten, ließen die Truppen herumsagen, sie würden die Flüchtlinge der salvadoreanischen Guardia ausliefern, falls sich jemand der Presse zeigen sollte. Aus Angst rannten die Leute in den Wald und verbrachten dort ein oder zwei Tage in einer kaum beschreiblichen Notlage. Da übernachtete die ganze Familie " im Freien "; zum Essen hatten sie Wasser und ein wenig Maiskuchen, während sie Tag und Nacht von Fliegen, Mücken, Läusen und F. öhen geplagt wurden. Das hat auch zu schweren Krankheiten geführt; u.a. verbreitete sich unter den Kindern eine Hautkrankheit, eine Mischung von Krätze, Grind und Räude. Es gab weder Ärzte als ich kam, noch Krankenpfleger in einem Umkreis von 50km, so begann ich die Kinder auf eine einfache Art und Weise zu kurieren. So wie ich es vermochte - Schwefel pudernd und reinigend. ... Es fehlte an Hygiene, den verbannten Familien fehlte es an allem. Ich entfernte den Schorf mit Gas (so nennt man in Honduras das Petroleum, desinfizierte und strich zum Schluss eine Salbe aus verschle- denen Substanzen drauf.
- F. : Warendenn diese Campesinos so gefährlich für die salvadoreanischen Soldaten? Was bewegte sie eigentlich zu einer derartigen Vernichtungst- at?
- B. : Es liegt auf der Hand, daß sie damit die Landbevölkerung abschrecken wollten; sie wollten dadurch erreichen, daß die Campesinos nicht mehr zu den Volksbewegungen halben sollten, zumal diese sich im Vormarsch befanden.
- F. : Wie empfindet das einfache Volk Honduras solche Ereignisse?

- B. : Ich stelle bei der honduranischen Bevölkerung fest, worüber ich staunen muß : diese Menschen leben doch selber in unmen- schlichen Zuständen, vergessen von allen Regierungen bis heu- und sind dennoch offen für das Leid anderer verarmter Menschen. Ich konnte so manches kaum begreifen, z.B. konnte man sehr oft feststellen, daß sie die Greuelthaten , die sie während des sogenannten Fußballkrieges über sich ergehen las- sen mußten, fast vergessen. ...
- F. : Und wie ist das Verhalten der Regierung Honduras zu den Flüchtlingen ?
- B. : Die Flüchtlinge selbst sind sehr besorgt und warten ab, wie sich die Ereignisse nach dem Friedensvertrag zwischen El Salvador und Honduras weiter entwickeln werden. Leider ist vie- len Honduranern nicht bewußt, wie heimtückisch dieser Ver- trag geschlossen wurde. Es ist doch klar zu sehen, daß es kein Friedensvertrag, sondern eine Kriegvereinbarung unter den Militärregierungen von El Salvador, Guatemala und Hondu- ras war, um gegen die Volksbewegungen vorzugehen, die tzt gefährlich werden und bereit sind all das zurückzufordern, was man dem Volk in der jahrzehnte- langen Leidensgeschichte weggenommen hat.
-
- F. : Was kannst Du uns über die Wünsche, über die Hoffnungen die- ser Flüchtlinge sagen ?
- B. : Dieser Mensch ist ein so verlassener Mensch, so daß ihm diese Frage zu stellen - diesen Männern und Frauen - fast unmöglich ist. Jedoch dadurch, daß ich lange Zeit mit ihnen zusammen war, sind einige Geheimnisse ihres Herzens ans Licht gekom- men. Diese, ohne daß ich dort wie einer, der untersucht, war. Ich kann heute sagen, daß sie z.B. in die UNO nicht viel Ver- trauen haben. Sie glauben nicht daran, daß diese genügend belegt hat, daß sie fähig ist, sie zu verteidigen. Obwohl zugegeben, dort in der letzten Zeit öfter die UNO anwesend war auch erfüllt sie mit Besorgnis die Möglichkeit, Inter- nierte im Innern des Landes zu sein, natürlich ohne sie in irgendetwas zu Rate zu ziehen. Wegen Verstärkung der militäri- schen Aktionen, gibt es Absichten die ganze Zone zu räumen. Diese Möglichkeit erfüllt sie mit grosser Besorgnis, denn sie wünschen sich, in der Nähe ihres Landes zu verbleiben, nahe der Orte, wo sie früher gewohnt haben. ... Diese Menschen sind weder Guerilleros noch haben sie Waffen, aber dieses heißt nicht, daß sie nicht mit den Volkskräften sympathisieren. Durch all diese grausamen Verfolgungen, die sie erlitten haben, können sie an die Militärs nicht glauben.

NICARAGUA

Das Problem der Atlantikküste

Die heutige Regierung in Managua ist in erster Linie als der politische Ausdruck der Revolution im spanischsprachigen Nicaragua auf der Pazifikseite des Landes entstanden. Aber es gibt noch ein "anderes" Nicaragua auf der Atlantikseite; hier wird vorwiegend englisch und die Indianer-Mischsprache Miskito gesprochen. Dieses Gebiet umfaßt immerhin fast die Hälfte des nationalen Territoriums und hat knapp 200.000 Einwohner, d. h. ungefähr 8% der Gesamtbevölkerung von Nicaragua.

Die kulturellen, politischen und ökonomischen Gegensätze zwischen der Atlantikküste und dem übrigen Nicaragua haben seit der Revolution schon mehrfach zu Auseinandersetzungen geführt, die in Deutschland Schlagzeilen gemacht haben: z. B. konnten die Küstenbewohner 1979/80 erst nach heftigen Protesten durchsetzen, daß sie nicht pauschal in die spanische Alphabetisierung einbezogen wurden, sondern ein Sonderprogramm in den Sprachen Englisch und Miskito erhielten. Im Oktober 1980 gab es in Bluefields, der englischsprachigen Hafenstadt einen Generalstreik, der von der Militärpolizei mit harter Hand unterdrückt wurde.

Mitte Februar dieses Jahres konnte man in den Zeitungen lesen, daß die gesamte Führung der Indianerorganisation MISURASATA, an ihrer Spitze Stedman Fagoth, verhaftet worden sei. Stedman Fagoth wurden somozistische Umtriebe vorgeworfen. Gegen MISURASATA insgesamt wurde der Vorwurf einer "separatistischen Politik" gemacht. Diese Verhaftungen standen im Zusammenhang der bisher schlimmsten Krise im Verhältnis von Atlantikküste und sandinistischer Revolutionspolitik. Es hatte gewerkschaftliche Probleme gegeben, die zu längeren Streiks in den wichtigen Bergwerken im Norden der Miskitia geführt hatten. Um die Entschädigungen für den Holzumschlag und um die Besitztitel für Gemeindeland waren Reibereien zwischen den indianischen Dorfgemeinschaften und staatlichen Wirtschaftsunternehmen vorausgegangen. Als die Verhaftungen bekannt wurden, steigerte sich die Erbitterung vieler Miskitos schnell bis zu bewaffneten Zusammenstößen mit dem sandinistischen Militär. Die Alphabetisierung auf Englisch und Miskito mußte unterbrochen werden. Wir dokumentieren aus der Zeit des Höhepunktes der Krise eine Erklärung der provisorischen Führung von MISURASATA zur Verhaftung von Fagoth und einem zentralen Kommentar aus der BARRICADA.

MISURASATA verteidigt FAGOTH

(aus LA PRENSA, Managua den 22.2.1981)

Die Indianerorganisation MISURASATA hat zur Verhaftung ihres Führers Stedman Fagoth folgende Erklärung abgegeben:

"...Aus verschiedenen Nachrichtenmedien hat unsere Organisation davon erfahren, daß man Stedman Fagoth beschuldigt, zur früheren Sicherheitspolizei Somozas (OSN) gehört zu haben und ein Separatist zu sein. Zu diesen Anschuldigungen gibt unsere Organisation folgende Erklärung ab:

1. Stedman Fagoth Muller ist acht Jahre lang ein vorbildlicher Kämpfer für unsere Sache gewesen; darum ist nur die Indianerorganisation MISURASATA in der Lage, sein politisches Verhalten angemessen zu beurteilen.

2. Stedman Fagoth hat unbeirrt für die Einheit der Indianer mit der sandinistischen Volksrevolution gekämpft.

3. Die Indianerorganisation MISURASATA, zu der Stedman Fagoth gehört, ist die erste Organisation gewesen, die sich für eine Regierung der nationalen Einheit eingesetzt hat.

Diese Tatsache läßt die Beschuldigung, unser Genosse Stedman Fagoth sei ein Separatist, in sich zusammenfallen. Diese Beschuldigungen, zu denen wir uns schon früher geäußert haben, werden grundlos und völlig wirklichkeitsfremd erhoben.

Die Indianerorganisation MISURASATA lehnt mit dieser Erklärung vor dem Volk von Nicaragua und vor der ganzen Welt die Verantwortung für die Folgen ab, die aus dieser irrationalen Provokation entstehen könnten; diese Provokation erinnert uns an die Abenteuermethoden der Ultralinken.

Mit dieser Erklärung rufen wir die Nationale Führung der FSLN und die Regierungsjunta des Nationalen Wiederaufbaus dazu auf, die Ungerechtigkeiten gegen die Indianerorganisation MISURASATA wieder gutzumachen und ihre verhafteten Führer sofort freizulassen; gleichzeitig rufen wir das Land zur nationalen Einheit auf, um den konterrevolutionären Machenschaften zu begegnen; solche provokativen Handlungen wie die, die wir erwähnt haben, müssen vermieden werden, denn sie tragen nicht dazu bei, die Revolution gegen ihre Feinde zu stärken."

SEPARATISMUS bedroht NATIONALE SOUVERÄNITÄT

(Kommentar aus BARRICADA, Managua, den 24.2.1981)

Die ernstesten Zwischenfälle, die gestern in Prinzapolka vorgefallen sind, stellen das erste Ergebnis des separatistischen Plans für die Atlantikküste dar, den die Gruppe um den Ex-OSN-Agenten Fagoth in Absprache mit der internen und internationalen Reaktion verfolgt. Aber ein solches Projekt kann nicht aus dem Nichts entstehen. An der Atlantikküste gibt es objektive Grundlagen dafür, daß die Konterrevolution eine Bewegung solcher Art zu organisieren versucht. Die Küste ist in der Vergangenheit erst von den englischen und dann von den nordamerikanischen Imperialisten ausgeplündert worden. Sie wurde ökonomisch, sozial und kulturell von den Agenten des Imperialismus und ihren Enklaven kolonisiert. Als die Miskitia am Anfang

des Jahrhunderts für Nicaragua gerettet wurde, setzten die Nordamerikaner eine Neokolonisation in Gang, die noch brutaler als sonst im Land war. Vom übrigen Nicaragua kannte die Küste nur den Völkermord und die Hungerpolitik des Somozismus. Ihr historisches Recht auf Landbesitz und Fortschritt wurde mit Füßen getreten. Sogar die Entwicklung ihrer Integration in die nicaraguanische Nation wurde gestoppt.

Als dann unsere Revolution siegt und diese Revolution nicht in der Lage ist, die berechtigten Forderungen der Bevölkerung kurzfristig zu erfüllen, da beginnt der imperialistische Feind, diese unzufriedene Bevölkerung zu bearbeiten, um einen Angriff auf unsere Souveränität und die Selbstbestimmung des Volkes von Sandino zu starten. Jahrzehntelanger wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Einfluß von außen, der Paternalismus, die somozistische Korruption einiger Bevölkerungsschichten und eine große Gruppe bezahlter Agenten – das sind die Bedingungen, die es den Imperialisten günstig erscheinen lassen, die Atlantikküste in ihre Pläne gegen die sandinistische Revolution einzubeziehen.

Es erscheint wie eine Dummheit, einen separatistischen Plan für eine wirtschaftlich und sozial so zurückgebliebene Region zu entwerfen. Von wem will man sich denn trennen? Von Nicaragua und der sandinistischen Revolution. Dazu muß man sich klarmachen, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Zone einzig und allein dadurch möglich ist, daß sie sich wirtschaftlich, sozial und kulturell in das übrige Nicaragua integriert. Wenn man sich lossagt, mit wem will man sich dann zusammenschließen? Eine Entwicklung am Rande der Integration in eine fortgeschrittenere Wirtschaft und Gesellschaft ist auch unmöglich. Und die Erfahrung zeigt, daß die Alternative des Imperialismus an der Atlantikküste nur Rückständigkeit und Elend zurückgelassen hat; es blieben nur Löcher in den Lungen der Arbeiter und in den Goldadern, nur die rücksichtslose Ausplünderung unserer Wälder.

Die Revolution hat viele strukturelle Hindernisse geerbt; aber nur sie hat sich seit dem Aufstieg der FSLN das Ziel gesetzt, die Atlantikküste in die nationale und gesellschaftliche Entwicklung Nicaraguas zu integrieren. Die Alphabetisierung in den einheimischen Sprachen, der Gesundheitsdienst, der Straßenbau, die Kommunikationsmedien – alles das ist Ausdruck der Anstrengungen der Revolutionsregierung, die Atlantikküste zu integrieren. Und sie ist es um so mehr, als das freie Nicaragua unter den geopolitischen Bedingungen Zentralamerikas von der Herrschaft der Imperialisten stranguliert werden soll; das freie Nicaragua ist die wahre und einzige Möglichkeit für die nationale und soziale Befreiung der Küstenbewohner.

Aber die Machenschaften des Imperialismus und der internen Reaktion gegen unser Volk machen sich die ethnischen Besonderheiten an der Küste zunutze; sie haben den Integrationsprozeß der Atlantikküste mit dem Rest des Landes zu einem Problem der nationalen Integrität, der Verteidigung des Vaterlandes und der Revolution gemacht. Die Integration der Küste ist heute gleichbedeutend mit der Verteidigung der Revolution.

Die Aggressionen liegen auf dem Tisch. Die Verfechter des Separ-

tismus sind eine kleine Minderheit, die in der Vergangenheit Agenten des Somozismus und des Imperialismus waren und auch heute noch fremden Herren dienen möchten. Ihre Taktik ist klar: Sie wollen die Tatsache ausnutzen, daß die Revolution unmöglich alle unmittelbaren Bedürfnisse der Küste befriedigen kann, und sie setzen auf die kulturelle und gesellschaftliche Rückständigkeit, um die Miskitos, Sumos und Rama hinter's Licht zu führen.

Angesichts dieser Tatsache und angesichts der Strategie der Imperialisten und der lokalen Reaktion muß unsere Revolutionsregierung mit der größten Energie gegen die Agenten der Konterrevolution handeln. Die revolutionäre Gerechtigkeit muß gegen diese Elemente unnachlässig vorgehen.

Unsere Revolution, die wegen ihrer Großmütigkeit einzig in der Welt dasteht, muß sich verteidigen. Denn eine Revolution, die sich nicht verteidigt, hört auf, eine Revolution zu sein.

Wie aus dem abgedruckten BARRICADA-Kommentar hervorgeht, ging die Welle der Angriffe gegen MISURASATA zunächst sehr hoch. Inzwischen ist die Gefahr, daß sich die Gegensätze zu einem Krieg zwischen der Zentralregierung und einem Großteil der Küstenbewohner zuspitzt, glücklicherweise abgewendet. Die Führung der FSLN hat offensichtlich eingesehen, daß sie mit pauschalen Angriffen und polizeilichen Mitteln an der Küste keine revolutionäre Politik machen kann. Sie hat vor allem bekräftigt, eine politische Lösung zu suchen und mit den Revolutionären innerhalb von MISURASATA zusammenarbeiten zu wollen. Anfang März wurden alle MISURASATA-Führer – bis auf Fagoth – wieder freigelassen. Die indianischen Führer stellten ihrerseits fest, daß sie weder nach separatistischen noch nach rassistischen Zielen streben, sondern lediglich den selbständigen Platz der Indianer innerhalb der sandinistischen Revolution suchen. Besonders positiv an der neueren Entwicklung ist die Tatsache, daß sich seitdem eine öffentliche Debatte über die Ziele und Probleme der Indianer in den Zeitungen Nicaraguas entwickelt hat, und diesmal nicht nur in der oppositionellen PRENSA, sondern auch in der BARRICADA und dem NUEVO DIARIO. Das Problem der Atlantikküste ist damit alles andere als erledigt. Im besten Fall werden nun die Voraussetzungen dafür geschaffen, es allmählich in der Zukunft lösen zu können.

10.000 indígenas reunidos en Waspán

**Asamblea mískita dice:
No somos separatistas!**

In den letzten Wochen haben die Pressionen der USA (Wirtschaftsboykott, Kreditverweigerungen, etc.) ein derartiges Ausmaß erreicht, daß das Überleben der sandinistischen Revolution unmittelbar bedroht ist. In dieser Situation braucht Nicaragua unsere Solidarität nötiger denn je. Wenn wir hier auf das Problem der Atlantikküste eingehen, so wollen wir damit die Küstenfrage nicht zu dem Hauptproblem der Revolution hochstilisieren. (Dieser Versuch wird gegenwärtig von einigen Organisationen mit dem Ziel unternommen, dem internationalen Ansehen der FSLN zu schaden). Andererseits erscheint es nötig, daß die FSLN das Problem der Atlantikküste löst, damit die Revolution insgesamt erfolgreich verteidigt werden kann. Außerdem sind zu diesem Problem überall kritische Fragen aufgetaucht. Gerade wenn man vorschnelle Urteile vermeiden will, muß man diesen Fragen eine möglichst umfassende Information entgegensetzen. Darum drucken wir auch den folgenden Artikel ab, der uns aus Managua zugeschickt wurde und der eine Reihe von Überlegungen und Eindrücken zum Thema enthält.

Miskitos und Creoles zwischen Kolonialismus und Revolution

Zu den unbewältigten Problemen für die Frente Sandinista gehört das Erbe der furchtbaren Verfolgung der Indianer und Schwarzen an der Atlantikküste, die fast 500 Jahre gedauert hat. Welche Chancen gibt es, ihre Freiheitsrechte, ihre Selbstbestimmung innerhalb des revolutionären Nicaragua durchzusetzen?

Die Miskitia ist bis heute Kolonialland geblieben. Die Ressourcen ihrer Natur werden vom spanischsprachigen Nicaragua - von der Pazifikseite - ausgebeutet: Zur Devisenversorgung wird das Gold, die Krabben und Langusten und Edelhölzer aus der Miskitia exportiert. Mehr als die Hälfte des Wirtschaftsplans für 1981, 1,7 Mrd. Córdoba, muß über internationale Kredite finanziert werden. Das zwingt die nicaraguanische Revolutionsregierung immer noch eine extrem exportorientierte Wirtschaft auf, und das vor allem mit Agrarprodukten: Kaffee, Baumwolle und Fleisch vom Pazifik; Gold, Krabben und Edelhölzer vom Atlantik.

Der Goldexport soll 1981 auf 45,5 Mio. \$ gesteigert werden (1980: 39,9 Mio.), die Ausfuhr von Krabben auf 33,5 Mio. \$ (1980: 25,9 Mio.). Bei einer Gesamtausfuhr von 680 Mio. \$ werden Gold und Krabben damit die Plätze drei und vier in der Liste der Exportprodukte einnehmen (nach Kaffee und Fleisch). Bislang, sagen die Indianer und Creoles, gab es noch nie Weiße, die uns den Reichtum zurückgeben, den sie geraubt haben. Auch unter der Revolutionsregierung sei das nicht anders geordnet. An dieser Stelle ist allerdings zu erwähnen, daß die Zentralregierung sich um den Ausbau der Infrastruktur der riesigen Miskitia bemüht (56,2% der Fläche bei 8,1% der Bevölkerung von Nicaragua; Zahlen von 1980). 1981 soll die Straße zwischen Waslala und Siuna, die erste Landverbindung zwischen den beiden Küsten fertig werden. Letztes Jahr haben ausrangierte nordamerikanische Schnellboote begonnen, den regelmäßigen Verkehr zwischen Bluefields und El Rama, Port Cabezas und Corn Island auf-

zunehmen. Vom Blick der "Costeños" aus ist die Verkürzung der Fahrzeit von 6 auf 3 Stunden ein recht zweifelhafter Vorteil, müßten doch heute 50 statt vorher 25 Córdoba bezahlt werden. Zudem zerstören die schnellen Schiffe die Ufer und Stege am Rio Escondido. Dieser Fluß heißt übrigens der "versteckte", weil die holländischen und englischen Piraten des 17. Jahrhunderts hier ihre Rückzugsgebiete hatten; sie unterhielten mit den Indianern ein taktisches Bündnis gegen die Spanier.

Schon für Sandino gab es das Problem, daß Miskitokommunen zumeist nicht seiner Truppe geholfen haben; die Befreiungskämpfe unter Sandino waren für die Miskito nur die Fraktionskämpfe der Weißen untereinander. Die Politik der Somozadynastie an der Costa Atlántica war einfach und erfolgreich: Sie hatte keine eigenen wirtschaftlichen Interessen und ließ nordamerikanischen Konzernen gemeinsam mit gleich 15 Missionskirchen freie Hand. Die Standard Fruit Company ließ so zum Beispiel im Mündungsgebiet des Rio Escondido von Kleinbauern Bananen anbauen, Plantagen, die nach dem Volkssieg vom Juli 1979 verrotten. Wöchentlich kam ein Frachtschiff von Miami nach The Bluff und kaufte 5.000 Bushel Bananen (für je 5 \$).

An der Karibikküste gab es keine Kämpfe während des Volkskriegs, aber die Minen und die Fischindustrie von Bluefields und Port Cabezas haben sich an den monatelangen Streiks beteiligt. Der passive gewissermaßen geschenkte Sieg für die Creoles und die Indianer ließ so von 1979 an keine Stimmung revolutionärer Einheit aufkommen.

Nach dem Triumph. Aus Furcht, die politische und militärische Situation an der Costa Atlántica selbst nicht kontrollieren zu können, besetzte die Revolutionsregierung alle wichtigen Institutionen mit Weißen; allerdings nicht unbedingt mit eigenen Leuten, denn auch an der Pazifikseite ist es das grundlegende Problem des Frente Sandinista, nicht genügend und nicht ausreichend qualifizierte Kader zu haben.

Nach dem Sieg der Revolution flüchtete schätzungsweise die Hälfte des städtischen Mittelstands nach Miami; dabei handelte es sich vor allem um Creoles und Chinesen aus den beiden Hafenstädten Bluefields und Port (Puerto) Cabezas.

Jeder Compa, der in Bluefields Streife geht, wird erzählen können, daß die Creoles mit den Imperialisten paktierten. Solches Mißtrauen steht einer Zusammenarbeit, gar Zusammenkämpfen im Weg. So waren es vor allem die frühen Enteignungen der Mistelschicht 1980, die zu Konflikten in Port und Bluefields geführt haben. Heute sind fast sämtliche Fischkutter verstaatlicht und fahren für die Staatskonzerne PESCANIA und COPESNICA.

Die Sprachen. Die revolutionären Institutionen betrieben zunächst weiterhin eine Politik der Sprachentfremdung. Spanisch ist Amts-, Radio- und Fernsehsprache. Erst die Intervention von MISURASATA setzte durch, daß es eine Alphabetisierung in den Indianersprachen Miskito und Sumo gibt - und außerdem in Englisch, das von den Creoles und den Rama-Indianern gesprochen wird. Insgesamt soll es nach Plan 15.773 Alphabetisierte geben: 13.310 in Miskito, 1.734 in Sumo und 729 in Englisch. MISURASATA hat auch im Staatsrat durchgesetzt, daß es eine zweisprachige Schulausbildung geben wird, die mit der Muttersprache beginnt.

Das Gesetz ist zwar seit dem 1. Januar in Kraft, nur gibt es für die

Indianersprachen, selbst für Englisch nicht genug Lehrer. - und bislang keine Institution der Lehrerausbildung in Miskito. Und es leben etwa 150 Tausend Miskitos an der nicaraguanischen Costa (weitere etwa 100 Tausend in Honduras). Für die 15 Tausend Sumo wird kein Primarunterricht in ihrer Sprache eingeführt, sie sei nicht genügend verschriftlicht. Von den heute weniger als 1.000 Rama spricht nur noch eine kleine Gruppe die eigene Sprache. Auch das haben europäische Missionare geschafft. - Die Mehrheit der "Costenos" können neben ihrer "lengua", wie hier gesagt wird, noch das idioma Castellano, Spanisch. Nur bleibt es für sie die Sprache der Unterdrücker..



Das Land. Gerade die Identifizierung der Küstenbewohner mit ihrer eigenen Region ist es, die für den spanischsprachigen Nicaraguaner nicht zu verstehen ist.

Die Weißen verstehen die Indios nicht, die noch heute von Miskito-König Hannibal träumen, der doch Marionette der Briten war und sogar andere Indianer, die Rama, versklaven ließ. Was sollen sie davon halten, daß die besoffenen Indianer in den Städten jedem Fremden vom großen Indianerland von Panamá bis México erzählen. Oder von intellektuellen Creoles, die von einer vielleicht sozialistischen, auf alle Fälle karibischen Revolution schwärmen.

Sie haben alle historisch Recht. Und wenn der Nica antworten würde, heute stünde aber die nationale Verteidigung die die Erhöhung der Produktion zur Rettung der Revolution an, dann hat er auch recht. Heute steht die Unabhängigkeit der Miskitia nicht an. Und die Separatismusfurcht, die ist

real. Ja sie ist real. Aber nicht für den Costeno. Denn der weiß, von fast 500 Jahren Geschichte seiner Versklavung und Ausrottung, daß seine Zeit, daß seine Revolution noch nicht gekommen ist. Noch gab es keine schwarze und noch gab es keine indianische Revolution in Mittelamerika. Und selbst wenn sie militärisch könnten, die Costenos wissen, daß sie keine Administration aufbauen können, und wie ein Land ohne Staat funktionieren soll, das wissen wir alle noch nicht.



Der Zoo. Reisende bestätigen immer wieder die Fröhlichkeit der Schwarzen in Bluefields; etwas anderes außer der vom Individualtourismus und Politerschlossenen Südseeinsel Corn Island können sie meist nicht mitbekommen. Zum Glück, denn Touristen in indianischen Gemeinden sind immer wie Zoo-besucher, ob sie es wollen oder nicht. Und sie geben sich und den Indianern die Illusion, sie könnten ihrer Welt entfliehen. MISURASATA hatte übrigens beschlossen, Touristen aufzufordern nicht mehr in indianische Gebiete zu fahren. Zumindest das staatliche Tourismusinstitut INTURISMO ist zwar anderer Meinung und organisiert auf Anfrage auch Motorbootfahrten (zu Preisen für einen halben Monatslohn eines Landarbeiters für einen zwei-Stunden-Ausflug); die Revolution ist sich zur Zeit aber mit MISURASATA in der Ablehnung von Ethnologen einig. Die Indianer haben zu viele schlechte Erfahrungen gemacht, mit diesen Wissenschaftlern, die doch nur für ihre eigene Karriere das Wissen, oft sogar das geheime Wissen der Alten ausbeuten, die nie etwas davon zurückgegeben haben.

Die Trommeln. Diese erstaunliche Fröhlichkeit der Creoles ist offen; es ist die Fröhlichkeit der Tänze, der Trommeln. Und sie ist so unwahrscheinlich im Dickicht der 5.000 Holzhäuser von Bluefields. Obwohl Schwarze, Indianer und Weiße (nordamerikanische Missionare, Nica-Funktionäre und die Toruisten) so dicht in der 20 Tausend Menschen großen Stadt zusammenleben und unter so ungleichen Bedingungen arbeiten - fast alle schwarzen Jugendlichen sind arbeitslos - gibt es (auch nach dem Oktoberstreik) den Schein der Ruhe. Aber dieser Schein der Ruhe ist es, der die eigentlich Widerstandsform der Schwarzen und der Indianer ist: Wir kämpfen nicht mit Waffen, wir sind friedliebende Menschen, denn wir haben zu viele Waffen in unserer Geschichte gesehen, gegen uns. In der Stadt hat niemand Waffen, und ein Indianer hat seine Machete nur zum Arbeiten und Speer, Pfeil und Bogen zum Fischen und Jagen. Heute sind es die Spaniards (wie die Nicas dort immer noch heißen, obwohl sie meist Mestizen sind), die mit Maschinengewehren ihre Patrouillengänge durch die Stadt machen. Was am Pazifik gar nicht auffällt, die jungen Comkas mit ihren Knarren, das ist in Bluefields für viele Besetzungsmacht.

Die Schwarzen sagen: Wenn wir kämpfen müssen, dann heißt unser Kampf wieder Verzeigerung! und: Wir machen dann nicht mehr mit. Die Indianer die selbst bei Landraub, der noch heute jedem Tag passiert, sagen: Wir haben gekämpft, wir haben verloren. Aber es wird die Zeit kommen. Wenn die Verfolgungen und der Hunger wiederkommen, dann müssen wir wieder kämpfen. Wahrscheinlich werden wir auch diesesmal wieder verlieren. Wir sind nämlich die letzten Indianer.

Übrigens gibt es seit längerer Zeit eine Zuwanderung von armen Kleinbauern von der Pazifikseite an die fruchtbaren Flußläufe der Miskitia. Sie sind die kleinen Kolonisierer; sie sagen, wir kommen, um das Land zu kolonisieren und sie kolonisieren doch wieder die Indianer. Teils zusammengeschlossen in Verkaufsgemeinschaften, immer aber zusammen gegen die Indianer. Denn sie siedeln und arbeiten auf deren Gemeinschaftsland. 1971 ist die Zahl dieser Siedler auf 50.000 geschätzt worden. Auch heute, nach der Revolution geht dieser Anzielungsprozeß weiter. Auf der 2. Sitzungsperiode des Staatsrates im Juni 1981 will MISURASATA einen Gesetzesentwurf zur Anerkennung des indianischen Gemeindelands einbringen. Dafür muß eine Karte erstellt werden, in die die Besitztitel der Dörfer eingetragen sind.

Seit Monaten schon wird für dieses "Kartenprojekt" in jeder der über 220 indianischen Gemeinden nach alten Landtiteln gesucht. Jede Familie gibt 20 Cordobas, um endlich das Recht zu erkämpfen, auf eigenem, d. h. kommunalen Land zu leben. Die Indianer, die in Nicaragua leben, haben die Tradition des kollektiven Landbesitzes bewahrt. Der Anbau wird nach Familien organisiert. Es gibt ein System der gegenseitigen Hilfe bei der Feldarbeit.

Das Holz. Für einen Indianer kann es keine Grenzen geben. Was wir Amerika nennen, ist sein Land. Das Land gehört allen gemeinsam und wer ein Stück bebaut, der muß es nach ein paar Jahren dem Uraald wiedergeben, der es verschlucken wird. In den Wäldern der Miskitia wird Brandrodung bei 2- bis 3-jähriger Nutzung gemacht. Heute ist der Wald selbst zum größten Teil schon Sekundärwald, der vor über 100 Jahren vom britischen Imperialisten geplündert wurde: für Kautschuk, Edelhölzer und Ölplantagen.

Schwarze und Indios waren die Sklavenarbeiter. - Das Resultat im Norden der Miskitia: mit Sklaven und einer (längst heute stillgelegten) Eisenbahn bis zum großen Sägewerk und dem Hafen von Port Cabezas wurde das riesige Dreieck vom Rio Coco bis Port zur Steppe gemacht. Um einen Mahagonibaum oder ein Zeder aus dem großen Wald zu holen müssen oft riesige Schneisen geschlagen werden. Bis heute ist schon über die Hälfte des nicaraguanischen Urwald vernichtet. Dabei sind nicht nur Pflanzen und Tiere, sondern auch viele Menschen auf der Strecke geblieben.

Die Revolution hat alles Land, das nicht in Privatbesitz ist, zu Staatsland erklärt. Einige Dorfländereien sind inzwischen staatlich anerkannt, aber das Problem liegt darin, daß es für 80% der Miskitia noch keine Besitztitel gibt. Anfang dieses Jahres kam es zum Konflikt zwischen den indianischen Gemeinden und der staatlichen Wirtschaftsbehörde IRENA, die für den Holzeinschlag in den Wäldern verantwortlich ist. Seit dem 5. August 1980 war ausgemacht, daß für das Land, für das Gemeindetitel bestehen, IRENA zu einem vereinbarten Preis Holz schlagen darf. Da IRENA 1981 nicht mehr bezahlte, forderte MISURASATA nun im Gegenzug auch für die Länder, für die es noch keine Titel gibt, eine Bezahlung fürs Abholzen. Der sehr merkwürdige Kompromiß (nachzulesen in der BARRICADA v. 14.2.81) sieht nun vor, daß IRENA auf nationalem Land frei schlagen darf und auf kommunalem Land mit vereinbarter Bezahlung; auf strittigem Land darf eigentlich niemand schlagen; wenn es IRENA aber trotzdem tut, muß es 80% des Holzwerts bezahlen.

Indianer fällen übrigens nie Bäume, außer zum Kanubau. Zum Kochen sammeln sie Paulholz; zum Bauen verwenden sie Palmen. Für die Lösung der strittigen Landfrage ist natürlich das erwähnte Kartenprojekt von größter Bedeutung. Ursprünglich sollte es bis zum 31. März fertig werden, denn die Regierung hatte bis dahin eine Frist gesetzt. Die Informationen zum Landprojekt liefen bei Stedman Faoth zusammen. Als er kürzlich verhaftet wurde, sagte eine alte skeptische Indianerin zu mir: "Was passiert nun? Wir geben all unsere Papiere (die Landtitel) dem Stedman und dann nehmen die Milicianos von den Spaniards ihn einfach gefangen. Aber Papier ist doch sowieso wertlos..."

Die Führer der indianischen Massenorganisation MISURASATA, die im Norden der Miskitia eine mindestens so große Basis hat wie die FSLN an der Pazifikküste, haben mit der sandinistischen Revolution immer die Hoffnung verbunden, auch die Miskitia zu revolutionieren. Dafür muß in erster Linie die Herrschaft der Händler und der Missionare aufgebrochen werden, die beide auch Träger des imperialistischen Einflusses sind. Die Händler waren bisher die einzigen, die regelmäßig mit ihren Schiffen in die Dörfer kamen, um die lokalen Produkte aufzukaufen (Fische, Krabben, Schildkröten, Schweine etc.). Als Aufkäufer konnten sie die Preise bestimmen. Gleichzeitig verkauften sie die Plastikkultur, Haushaltssachen, Kleidung, Büchsenfisch (eigentlich völlig unsinnig dort...) und vor allem den korruptierenden Rum. Die Indianer konnten dieser Abhängigkeit nur durch oft tagelange Reisen im Kanu in die Stadt entgehen. Das Agrarreformministerium hat inzwischen einen großen Teil dieser Distribution übernommen.



Die vielen Kirchen. Die Religiosität der Schwarzen und Indianer ist uns oft schwer verständlich. Offiziell bezeichnen sie sich alle als Protestanten. Aber es ist doch ein sehr animistischer Protestantismus, der sich wenig mit dem Jenseits abgibt und Gott als einfach alle Natur nimmt. Die wichtigste der mindestens 15 protestantischen Kirchen sind die "Mährischen Brüder", deren Mission von Herrenhut in Sachsen ausgegangen ist, heute aber ihr Hauptquartier in Bethlehem/Pennsylvania haben. Die "Moravians", wie sie auf Englisch genannt werden, haben das Stadium der Missionskirche hinter sich gelassen; sie haben nur noch eingeborene Pastoren. Diese Pastoren führen die Arbeit im Sinne der strengen deutschen und skandinavischen Missionare fort (es gibt Rauch-, Alkohol- und Tanzverbot), aber das wird alles nicht mehr ganz so ernst genommen wie früher. Die katholische Kirche wird fast ausnahmslos von nordamerikanischen Kapuzinern betreut. Sie ist die einzige spanischsprachige Kirche und identifiziert sich demonstrativ mit dem Sandinismus.

Der politische Einfluß der Kirchen darf nicht unterschätzt werden. In den indianischen Gemeinden sind die Pfarrer zwar fast nie identisch mit den Führern; aber sie werden zu allen Entscheidungen gehört (wie auch die alten und weisen Frauen). In den Städten sind die Kirchen eigentlich die einzigen öffentlichen Räume. Außer dem lebensernst genommenen Baseball-Sport gibt es keine öffentlichen Veranstaltungen oder Massenorganisationen sonst. Bei den Indianern auf dem Lande ist das anders. Sie haben ihre Dorfplätze noch und halten ihre Versammlungen oft in den Schulen ab. Aber auch bei ihnen ist die Kirche der vielleicht wichtigste Ort gesellschaftlicher Zusammenkünfte.

Die Organisation der Indianer. ALPROMISU (Alianza del Progreso delos Miskito y Sumo) war die Vorgängerorganisation von MISURASATA. Sie arbeitete seit 1974 und wurde von der Somoza-Diktatur überwacht und verfolgt. Es gab mehrfach Verhaftungen. Der Versuch von Daniel Ortega (Mitglied der Nationalen FSLN-Führung), eine sandinistische Massenorganisation der Indianer unter direkter Anleitung des Frente aufzubauen, schlug im November 1979 fehl. In der einwöchigen Massenversammlung der Indianer in Port Cabezas einigte man sich dann auf den Kompromiß einer Zusammenarbeit der Indianer mit den Sandinisten: "Sandinista Aslatakanka" = Sandinistische Einheit der Indianer. Die junge Führungsgruppe von MISURASATA sah nun wirklich eine Chance für die radikale Entkolonisierung, und zwar gerade in der Zusammenarbeit mit der Partei der Revolution. In vielen Gemeinden wurden tatsächlich die alten Führer durch junge Kräfte ersetzt, die die Notwendigkeit der Veränderung sahen und sich für Gesundheit, Alphabetisierung, kollektiven Landanbau, die eigene Sprache und Kultur von nun an einsetzten. Die Führung der indianischen Gemeinden ist grundsätzlich kollektiv organisiert; es wird so lange geredet, bis alle einverstanden sind; darum können die Führer ohnehin den kollektiven Willen nur direkt ausführen. Diese Führungen stellen in den indianischen Dörfern meistens in Personalunion den Dorfrat, die MISURASATA-Führung und das CDS (Komitee zur Verteidigung der sandinistischen Revolution) dar. Sie vertreten damit das Dorf auch nach außen, sind aber in jeder Hinsicht der Kontrolle ihrer Gemeinde ausgesetzt.

Auf nationaler Ebene ist das allerdings anders. Bisher reichten zwei Unterschriften von Generalsekretär Brooklyn Rivera und von Stedman Fagoth aus, um Erklärungen im Namen der gesamten Organisation MISURASATA abzugeben. Managua ist weit, und an der Costa kommen so gut wie keine Zeitungen an, allenfalls einmal LA PRENSA. Das erlaubt den wenigen nationalen Führern von MISURASATA

eine erstaunliche Bewegungsfreiheit.

Nach dem Verständnis von MISURASATA und vieler Küstenbewohner muß die Alphabetisierung eine ganz zentrale Rolle dabei spielen, eine eigene revolutionäre Tätigkeit und Beteiligung in der Bevölkerung zu entwickeln. In diesem Sinne wurde im Oktober 1980 mit der Kampagne in Sumo, Miskito und Standard-Englisch begonnen. Anders als bei der Spanisch-Alphabetisierung, bei der an die 500.000 Oberschüler und Studenten aufs Land gingen, muß für die Indianersprachen vor allem mit dem "Brigadista Popular" gearbeitet werden.

Auch auf dem vielversprechenden Gebiet der Alphabetisierung sind in der letzten Zeit Spannungen aufgetreten. Wieder fühlten sich die Küstenbewohner vernachlässigt, weil die Versorgung mit Lehrmaterial und Nahrungsmittel unzureichend war und weil ihre Alphabetisierung nicht genauso im Mittelpunkt stand wie die Kampagne auf der Pazifikseite.



INDIOS IN NICARAGUA.

Miskito, Sumo, Rama.
85% Analphabetentum.
Geringe medizinische Versorgung.

Ihre Integration
in die Erhaltung ihrer Kultur
nur wenige Indios Amerikas
haben diese Chance.
Helfen Sie.



Informationsbüro Nicaragua e.V.
Friedrichstr. 10 - 5000 Wuppertal 1
Bitte fördern Sie das Projektpapier
„Indiouniversität in Morimbo“ an:
Stadtsparkasse Wuppertal
Konto 576 739 (BLZ 330 500 00)
Stichwort „Indios“
Spendenquittung möglich.

Boykottiert die Kaffeekonzerne

SOLIDARITÄT MIT DEN KÄMPFENDEN VÖLKERN VON EL SALVADOR UND GUATEMALA!

UNTERSTÜTZT DEN AUFBAU EINES FREIEN LANDES IN NICARAGUA!

Wir alle trinken Kaffee. Diejenigen, die ihn anbauen, können sich selbst keinen Kaffee leisten. Die Kleinbauern und Landarbeiter in Mittelamerika arbeiten hart (die Kaffeernernte ist eine extrem mühselige Arbeit), und sie arbeiten für Hungerlöhne. Die hohen Profite, die der Kaffeehandel bietet, streichen andere ein. Setzt sich die Landbevölkerung zur Wehr, wird sie von Großgrundbesitzern und Militärs (unter Anleitung wohlbekannter "Berater") rücksichtslos massakriert.

Selten lassen sich in Entwicklungsländern die Ursachen für Unterentwicklung, Elend und Unterdrückungspolitik durch Militärdiktaturen so klar aufzeigen wie an den Beispielen El Salvador und Guatemala:

El Salvador ist das klassische Kaffee-Exportland. Mehr als 60% seiner Ausfuhrerlöse verdient es durch den Export von Kaffee. Auch für Guatemala ist der Kaffee das wichtigste Exportgut.

Die zu Beginn dieses Jahrhunderts einsetzende Umwandlung Mittelamerikas in eine Kaffeebauregion hatte einschneidende Folgen für die ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen in den Ländern dieser Region:

- Ihre Benachteiligung als Entwicklungsländer im internationalen Handel wurde festgeschrieben. Während die Preise für Industriegüter kräftig stiegen, hinkten die Kaffeepreise im langfristigen Durchschnitt deutlich hinterher.
- Die weitgehende Umstellung der Landwirtschaft auf den Anbau von Kaffee begünstigte die Herausbildung von wenigen Großgrundbesitzerfamilien, die die jeweiligen Länder beherrschten und beherrschten. Diese Familien reagierten in Zusammenarbeit mit den Militärs auf jeden Versuch der Landarbeiter, sich zu wehren, mit brutaler Unterdrückung.
- Die Lebensbedingungen von Kleinbauern und Landarbeitern verschlechterten sich so nachhaltig. Viele selbst ständige Bauern mußten den Kaffeeplantagen weichen und sind heute darauf angewiesen, ihr Jahreseinkommen während der 4 Monate des Jahres, in denen der Kaffee geerntet wird, zu verdienen. Der Rückgang der Anbauflächen für Grundnahrungsmittel führte zu einem überdurchschnittlichen Anstieg der Lebensmittelpreise. Elend und Existenzunsicherheit nahmen für den Großteil der Landbevölkerung somit ständig zu.

Während die Umstellung auf den Anbau von Kaffee für Länder wie El Salvador und Guatemala nur mit Nachteilen verbunden war - sieht man von den Gewinnen der Zwischenhändler und Großgrundbesitzer ab - profitierten der Staat (Steuer) und die großen Kaffeekonzerne in den kapitalistischen Industrieländern von den niedrigen Einkaufspreisen für Kaffee.

Die Profitraten im Kaffeegeschäft sind überdurchschnittlich hoch. Diese typischen Strukturen zwischen Entwicklungsländern und kapitalistischen Staaten spiegeln sich in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Mittelamerika besonders deutlich wieder.

Der Großteil des mittelamerikanischen Kaffees, insbesondere aus El Salvador und Guatemala, wird in die Bundesrepublik ausgeführt. Für die Bundesrepublik ist Mittelamerika die zweitwichtigste Herkunftsregion für Kaffee.

Vom Kaffeehandel profitieren die Kaffeekonzerne und der Staat. Aber auch wir als Verbraucher werden in dieses System einbezogen und stützen damit indirekt die zynische Ausbeutung in den Ländern der 3. Welt. Wir beteiligen uns an einem System, dessen Mechanismen wir widersprüchlos hinnehmen und dessen Folgen wir alle kennen:

- Hunger, Repression, Vernichtung in der 3. Welt
- Stabilisierung eines Systems hier bei uns, das uns durch Erziehung zum bewußtlosen Konsumenten immer mehr betäubt und dessen Profitorientierung auch hier unseren Lebensraum zerstört.

Deshalb: Laßt Euch nicht täuschen!

Es ist ein gemeinsamer Feind, der seine Fangarme über Lateinamerika und die BRD ausgestreckt hat.

Fangen wir an, an einem Punkt:

BOYKOTTIERT DIE KAFFEEKONZERNE!

Die El Salvador-Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik ruft für den 1. - 3. Juni zu einem bundesweiten Kaffeeboykott auf. Wir stellen uns vor, daß überall vor möglichst vielen Kaffeeverkaufsstellen an diesen Tagen Aktionen laufen: Flugblätter, Infostände, Skatche... Wir fordern uns alle auf, diese Boykott-kampagne zu unterstützen. Schließt Euch zu örtlichen Aktionskomitees zusammen (Information über die lokalen Mittelamerika-komitees).

Unterstützen wir mit dieser Kampagne auch den Aufbau eines freien Landes: NICARAGUA hat gesiegt, aber es braucht heute mehr denn je unsere Hilfe. Konzerne und Regierungen (USA, BRD u.a.) haben bereits ihre Fangarme wieder ausgestreckt. Durch ökonomischen und politischen Druck soll Nicaragua in die Knie gezwungen und der Befreiungsprozeß in Mittelamerika gestoppt werden.

Deshalb: Statt ein System der Unterdrückung und Ausbeutung zu finanzieren, laßt uns mit dieser Aktion anfangen, ab sofort langfristig durch den Kauf von Nicaragua-Kaffee (importiert über die GEPA, Wuppertal) Nicaragua direkt materiell zu unterstützen.

Nicht nur 3. Weltläden, auch Bio-Läden, Buchläden, Kneipen, Cafés ... können sich am Aufbau eines alternativen Vertriebssystems für Nicaragua-Kaffee beteiligen.

LASST UNS EINEN KLAREN TRENNUNGSSTRICH ZWISCHEN UNS UND UNSEREN FEINDEN ZIEHEN!

Wendet Euch sofort an die zentrale Koordinationsstelle der Kaffeeboykott-aktion: Informationsstelle El Salvador, Kiliansplatz 5
8 000 München 2. Tel: 089 / 50 90 85

Dort können Hintergrundmaterialien, Broschüren, Flugblätter, Plakate Aktionsleitfäden (die örtliche Phantasie und Ideen natürlich nicht ersetzen sollen) angefordert werden.

Im Auftrag des Bundeskonferenz der El Salvador-Solidaritätsgruppen El Salvador-Komitee, Münster / Lateinamerika-Kreis, Essen / Kinderhilfe Lateinamerika, Köln

Zeitschriftenschau

BLÄTTER DES IZ3W Nr. 92, März 1981. Aktion 3. Welt, Postfach 5328
7800 Freiburg. Erscheinen 8 mal im Jahr

Themenschwerpunkt: China nach Maos Tod - Die Entwicklung der letzten 6 Jahre

Nachrichten und Berichte: Iran - Der Krieg bedroht die Versorgung
BRD - Waffenexport

El Salvador - Das Zuckerbrot zur Peitsche
Chile - Todesstrafe für politische Gefangene gefordert

Nicaragua - Frauen in Nicaragua
BRD - Hungerstreik für bessere Haftbedingungen
- Freiburger Frühling - Bericht zur Räumung
des Schwarzwaldhofs

FORUM Nr. 40, April 1981. Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1
erscheint monatlich

Diskussion - El Salvador-Demonstration
- Sozialistische Ökologiepolitik contra "Öko Sozialisten"

Koordination - Bundeskongreß, Pharma, Nestlé, Frauen in der 3. Welt
Aktionsgruppenworkshop, Icda-Focus, Zeitschriften, Termine

ila-info Nr. 44, März 1981. Römerstr. 88, 5300 Bonn 1.
Erscheint monatlich

Nicaragua: Schulische Erziehung im Umbruch
Mittelamerika: ... das ewige anti-kommunistische Lamento (Reise-
bericht)

Die ökonomisch-politische Bedeutung des La-Plata-Beckens (Teil 1)
Beziehungen Kuba - Brasilien
Ländernachrichten zu: Brasilien, El Salvador, Nicaragua
Nachrichten aus der Solidaritätsbewegung

NICARAGUA-NACHRICHTEN Nr. 10, März 1981. Magazin-Verlag, Königsweg 7
3300 Kiel 1.

Nicaragua-Reisebericht Teil 2, Nach dem ersten Schritt weichen wir
nicht mehr zurück - schulische Erziehung im Umbruch, Gesundheits-
system, Aspekte des gesundheitspolitischen Programms, Kurzmeldun-
gen, Interview mit Ernst Fuchs, El Salvador, Guatemala: Indianer,
Bauern und Christen - Zielscheibe der Massaker, Gedichte von René
Otto Castillo, Erstes Treffen der Solidaritätsgruppen in Managua,
Material.

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ Nr. 6/1980. Postfach 2846
2000 Hamburg 19

Das ganze Heft ist dem Thema ASYLANTEN in der BRD gewidmet.

DRITTE WELT MATERIALIEN Nr. 5 /1979 (aber gerade erst erschienen!)
Christliche Bildungsinitiative e.V.

Lüneburger Damm 30, 3000 Hannover 61. Erscheint 5 mal im Jahr
Themenheft: Grundbedürfnisstrategie - Entwicklung für die Armen

epd ENTWICKLUNGSPOLITIK Nr. 4-6/1981. Friedrichstr. 2 - 6,
6 000 Frankfurt/M.

2 Hefte, die sich ausführlich mit der KARIBIK befassen

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE NACHRICHTEN Nr. 3, März 1981 c/o ÖIE
Tuchlauben 8/6/16, 1010 Wien

Atomkraft in Entwicklungsländern
Der vergessene Krieg (Sahaurische-Demokratische Republik)
Die Blockfreien und die Supermächte
Reagan und die Dritte Welt

pogrom

Zeitschrift für bedrohte Völker

'pogrom' informiert über die Situation
diskriminierter und verfolgter ethnischer
Minderheiten (Mehrheiten) in aller Welt.

**Schwerpunktt Themen noch lieferbar
neuerer Zeitschriften:**

Algeriens Berber, Widerstand in Afghanistan,
Kurdistan (Iran/Irak/Türkei), Vertreibung und
Vernichtung der Armenier in der Türkei, Zy-
pern (Türkische Invasion), Assyrer und christliche
Minderheiten im Nahen Osten, Tibet, Hill-
Tribes in Bangladesh, Nagas und Mizos in
Nord-Ost-Indien, Indochina-Flüchtlinge, Igo-
rot und Moros (Philippinen), Westpapua,
Osttimor (Hungertod durch Indonesien), Süd-
molukker, Ainu in Japan, Schwarzastraler
(Aborigines gegen Uran), Minderheiten in Ost-
und Westeuropa, Sinti und Roma (Zigeuner),
laufende Berichte über Indianer in Nord- und
Südamerika.

**Sonderausgaben der Zeitschrift
'pogrom':**

Indianer in Europa 
Sämtliche Dokumente
zur ersten internati-
onalen Indianerkonfe-
renz bei den Vereinten
Nationen in Genf 1977,
Konferenz des Wel-
teingeborenenrates in
Kiruna/Lapland,
Indianerdelegation in
der Bundesrepublik,
Situation der Indianer
in 10 Ländern (Nord und Süd), Indianische
Frauen, Kirchen und Indianer u.a. Themen.
Mit Fotos, Namensverzeichnissen, 200 Seiten,
1. Auflage (15.000), 1978, DM 7,50

Weitere Sonderausgaben:
Erklärungen und Proteste des indianische Wi-
derstandes in Nord- und Südamerika; Dene-
Indianer in Kanada; Indianer in Argentinien, in
Ostbolivien, Paraguay und Kolumbien; Tiefland-
indianer; Indianer 1980 in Süd- und Mittela-
merika (Hrsg. zum IV. Russell-Tribunal); West-
sahara - Kampf um Selbstbestimmung; Arme-
nier in der Türkei; Südsudankonflikt - ein
Rückblick; Namibia: Völkermord in Burundi;
Ostafrikas Asiaten.

Bücher der Reihe pogrom:
In der neuen Taschenbuchreihe der Zeit-
schrift 'pogrom' erschienen bisher:
Indianerfeindliche Mission in Lateiname-
rika, Schwarzastraler (Aborigines)
gegen Uran-Konzerne, Dokumentation
der Gedenkkundgebung zum Zigeuner-
Holocaust, Die Vernichtung der europä-
ischen Zigeuner im Dritten Reich, Der
Völkermord an den Armeniern vor Ge-
richt, Assyrer heute - verfolgte Christen
im Nahen Osten.
Probeexemplar DM 3,50 in Briefmarken.
'pogrom' ist auch im Buchhandel erhält-
lich. Abonnement für 10 Nummern
DM 35 (incl. Porto). Die Zeitschrift
'pogrom' erscheint zweimonatlich. Die
Bücher der 'Reihe pogrom' sind im Abon-
nement enthalten. Prospekte anfordern!
Einzel- und Abo-Bestellungen bei:

Gesellschaft für bedrohte Völker

Menschenrechtsorganisation für Minderheiten
Gemeinnütziger Verein
Postfach 159 3400 Göttingen
Tel.: pogrom-Versand 0551/55822
Redaktion 55823
Postscheck Hamburg 297792-207

LATEINAMERIKANISCHER KULTURVEREIN

ARAUCO

KRUMMGASSE 1 A

WIEN 1030

TEL. 7530302



Der Lateinamerikanische Kulturverein
ARAUCO sucht Kontakte mit anderen
Gruppen, die Musik machen und/oder
sich mit lateinamerikanischer Kultur
beschäftigen.

ARBEITSKREIS ENTWICKLUNGSPOLITIK -
BRAUNSCHWEIG

hat eine Broschüre erstellt:

ARBEIT IN AUSLAND
- EINE ENTSCHEIDUNGS-
HILFE

aus dem Inhalt:
Motivation für eine Tätigkeit im Entwicklungs-
land

Entwicklungshelfer und Experten
Rahmenbedingungen der praktischen Entwick-
lungshilfe

Die Organisationen
Entwicklungsdienst als Alternative zum
Wehrdienst

Probleme der Reintegration
Thesen zur personellen Entwicklungshilfe

Bezugsadresse: Juliane Krause
Jasperallee 67
3300 Braunschweig